



**DER REFORMPROZESS
DIE SPRACHENFRAGE IN KRIEGSZEITEN
DIE SICHERHEITSPOLITIK**

■ ANALYSE		
Das Postrevolutionäre Machtvakuum als Quelle der ukrainischen Reformträgheit		2
Von André Härtel, Kiew		
■ UMFRAGE		
Die Meinung der Bevölkerung über den Reformprozess in der Ukraine		6
<hr/>		
■ ANALYSE		
Die Sprachenfrage in Kriegszeiten: Politiken um Status, Standards und Identitäten in der Ukraine		10
Von Laada Bilaniuk, Seattle, USA		
<hr/>		
■ DOKUMENTATION		
Der Besuch des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg in der Ukraine am 21./22. September 2015		14
Die neue Militärdoktrin der Ukraine		17
■ UMFRAGE		
Die Unterstützung des NATO-Beitritts durch die Ukrainer		18
■ STATISTIK		
Die Militärausgaben der Ukraine		22
<hr/>		
■ CHRONIK		
14. – 27. September 2015		25



Das Postrevolutionäre Machtvakuum als Quelle der ukrainischen Reformträgheit

Von André Härtel, Kiew

Zusammenfassung:

Ein Jahr nach den ersten Parlamentswahlen in der Nach-Janukowitsch-Ära sind sich ukrainische und internationale Beobachter einig: Das Reformtempo des Landes ist selbst angesichts des weiter schwelenden Krieges im Osten des Landes deutlich zu niedrig und die Ukraine läuft Gefahr, dass sich das nach der »Revolution der Würde« weit geöffnete *window of opportunity* für einen einschneidenden Wandel der politischen und ökonomischen Realitäten wie schon nach der »Orangen Revolution« von 2004 alsbald schließt. Bei der Einschätzung der reformatorischen Performanz konzentrieren sich die meisten Stimmen jedoch vor allem auf die Symptome bzw. auf Aktivitäten und Effizienz einzelner Politiker oder Institutionen, während tiefere systemische Ursachen unberücksichtigt bleiben. Demgegenüber wird hier argumentiert, dass sich nach dem Maidan bisher keine konsolidierte neue Machtordnung in der Ukraine ergeben und sich vielmehr ein postrevolutionäres Vakuum eingestellt hat, das die Trägheit des Reformprozesses umfassender erklären kann.

Dilemma der Gleichzeitigkeit: die Reformagenda

Die Herausforderungen, denen sich die neue politische Führung sowie das im Oktober 2014 neu gewählte Parlament der Ukraine nach dem Maidan zu stellen haben, sind enorm. Neben dem Krieg im Donbass müssen – abgesehen von einer hohen Zahl notwendiger sektorspezifischer Reformen – eine fundamentale Wirtschaftskrise überwunden, institutionelle Großprojekte wie die Dezentralisierung angegangen und das zentrale Problem der Korruption auf allen Ebenen bekämpft werden. Hinzu kommt, dass all dies von einer noch jungen Demokratie und Nation erwartet wird, die sich gerade erst von der zunehmend autoritären Herrschaft eines Elitenclans befreit hat und als identitäres Projekt findet. Die Transformationsforschung kennt dieses Phänomen als »Dilemma der Gleichzeitigkeit« mehrerer politischer und ökonomischer Wandlungsprozesse, das zu zahlreichen Obstruktionseffekten führen und nur durch kluge Sequenzierung der einzelnen Reformschritte aufgelöst werden kann.

Allerdings wird ein Großteil der derzeitigen innerukrainischen wie internationalen Kritik verständlicher, wenn man sich die Ausgangslage der neuen Kiewer Machtelite vor Jahresfrist vergegenwärtigt: Während Präsident Petro Poroschenko im Mai 2014 mit fast 55 % der Stimmen im ersten Wahlgang gewählt wurde und im Spätherbst (scheinbar) eine breite propräsidentielle und klar reformorientierte Parlamentsmehrheit entstand, war die Bereitschaft der Bevölkerung zu kurz- und mittelfristig hart wirkenden Reformen nach dem Maidan so hoch wie vielleicht nie zuvor. Die Revolution war die fundamentale »Krise«, die politisches System wie Öffentlichkeit benötigten, um neue Reformbereitschaft zu erzeugen und »Status-quo-Kräfte« wie die

Oligarchen zu marginalisieren. Die durch diese Fakten erzeugte Legitimität für einen klaren Reformkurs wurde seitdem aber nahezu vollständig verspielt. Während die Ratings der führenden Politiker kaum noch zweistellige Werte erreichen und der Populismus und die Unzufriedenheit der Bürger längst vorrevolutionäre Ausmaße annehmen, schreiten zentrale Reformen kaum voran: So attestiert das unabhängige Monitoring-Portal *Vox Ukraine* den Institutionen schon seit Januar 2015 ein überwiegend nur noch unzureichendes Reformtempo, während insbesondere in den Bereichen Wettbewerbspolitik, Governance und im Kampf gegen Großkorruptionsfälle nahezu Stillstand herrscht.

Die vorgetäuschte Reformfähigkeit der »alten Ukraine«

Die Suche nach Gründen der offensichtlichen Reformträgheit der Post-Maidan-Eliten muss beim alten System ansetzen und fragen, welche qualitativen Veränderungen sich seit dem Februar 2014 tatsächlich ergeben haben, die auf eine verbesserte Reformfähigkeit des politischen Systems der Ukraine hinweisen. Konkret bedeutet dies: Inwiefern sind reformorientierte Akteure in der Lage, eingesessene Interessen (»vested interests«) als Haupthindernis von Reformen zu marginalisieren, Reformprogramme zu gestalten, entsprechende politische Mehrheiten für diese zu organisieren und schließlich für eine effektive Implementierung zu sorgen?

Das bis Anfang 2014 herrschende Janukowitsch-Regime war in vielerlei Hinsicht eine Ausnahmerei- chnung für die Historie der unabhängigen Ukraine, da es sich im Grunde als erstes anschickte, den bis zum Ende der 2000er Jahre bestehenden regional geprägten Clan- bzw. Elitenpluralismus zu überwinden. Zumindest schien es im Jahre 2013 so, als wäre es dem Donezker

Clan, trotz vorhandener innerer Fraktionierung, gelungen, politische und ökonomische Macht in der Ukraine erstmals zu monopolisieren. Politökonomisch kann man dieses System als Höhepunkt des sogenannten »state capture«, der Vereinnahmung politischer Institutionen durch oligarchische Interessen, in der Ukraine bezeichnen. Hatten sich bisherige Präsidenten, wie insbesondere Leonid Kutschma (1994–2004) und in begrenztem Maße auch Viktor Juschtschenko (2005–2010), durch ein geschicktes Kooptationssystem und das Ausnutzen des Elitenpluralismus ein gewisses Maß an politischer Autonomie gesichert, verfügten die Oligarchen des Donezker Clans, wie Rinat Achmetow oder Andrij Kljuchew, nun über fast uneingeschränkten Zugriff auf die politische Macht. In puncto Reformkapazität ergab sich hierdurch folgendes Bild: Einerseits waren echte Strukturereformen wie im Bereich der Demonopolisierung und im Antikorruptionskampf unmöglich geworden. Vielmehr plünderten, wie viele seit dem Maidan öffentlich gewordene (Groß-)Korruptionsfälle und nicht zuletzt die gestiegene ökonomische Macht der »Familie Janukowitsch« selbst zeigen, die Eliten den Staat nun ungehindert aus. Andererseits verfügte das immer autoritärere System über soviel politische Durchsetzungsfähigkeit, dass partielle und systemirrelevante Reformen möglich waren, die die Interessen des Clans nicht tangierten und der außenpolitischen Agenda entsprachen (s. das lange angestrebte Assoziationsabkommen mit der EU).

Die Beharrungskraft der »vested interests«

Wesentliches Ergebnis der »Revolution der Würde« von 2014 war dann eine Entmachtung und Diskreditierung zumindest der politischen Vertreter des Donezker Clans und der »Familie Janukowitsch«, sichtbar geworden vor allem am Untergang des politischen Arms des Clans, der »Partei der Regionen«. Auch die maßgeblichen Oligarchen des Clans wurden, in unterschiedlichem Ausmaß, zu Opfern der Revolution. Während beispielsweise Dmytro Firtasch im österreichischen Exil verharren muss und durch ein Verfahren in den USA bedroht wird, musste Rinat Achmetow eine (auch durch die Zerstörungen von Teilen des Donbass ausgelöste) empfindliche Reduzierung seines Vermögens sowie den Verlust weitreichender politischer Protektion hinnehmen. Oberflächlich betrachtet kam es somit zu einem signifikanten Rückgang des »state capture« bzw. der Macht »eingessener Interessen« in der Ukraine, der die Zahl an Veto-Spielern verringern und den neuen reformorientierten Eliten bzw. der Parlamentsmehrheit deutlich größeren Spielraum für Reformen bieten sollte. Dass dies bis zu einem gewissen Grad der Fall ist, zeigen die bisher erfolgten Schritte zur Deoligarchisierung

des Systems, wie die Verringerung des Quorums für Aktionärsversammlungen, die das Ende der Monopolisierung der mehrheitlich in Staatsbesitz befindlichen Firma »Ukrnafta« durch den Minderheitsaktionär Ihor Kolomoisky bedeutete. In dieselbe Richtung gehen die Entmachtung des bisherigen Monopolisten »DTEK« (Rinat Achmetow) beim Stromexport und das entschiedene Vorgehen gegen die Vormachtstellung der Firma »UkrGasEnergo« (zur DF Group von Dmytro Firtasch) auf dem Gasmarkt.

Bei genauerer Betrachtung müssen allerdings zwei Einschränkungen gemacht werden: Zum einen handelte es sich bei der »Revolution der Würde« im Ergebnis vor allem um eine politische Revolution, welche die sozialen Grundlagen des Systems nicht oder noch nicht wesentlich tangiert. Die in der Ukraine weiterhin außerordentliche Konzentration ökonomischer Macht in den Händen weniger schlägt sich demnach auch heute in erheblichem politischem Einfluss nieder. So schätzen Experten, dass Dmytro Firtasch auch heute noch 22 oder 23, Rinat Achmetow 20 und Ihor Kolomoisky 15 Abgeordnete der Werchowna Rada kontrollieren. Hinzu kommt die Bedeutung lange bestehender politökonomischer Netzwerke und »Geschäftspartnerschaften« mit einflussreichen Politikern der Regierungsfractionen, die es den Oligarchen erlauben, ihre Interessen auch angesichts gegen sie gerichteter Reformen durchzusetzen. So setzte sich Andrij Iwantschuk, einflussreiches Mitglied der Fraktion des Premierministers und Geschäftspartner Kolomoiskys, als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitische Fragen lange vehement gegen die oben genannten Änderungen im Gesetz über Aktionärsgesellschaften ein. Trotz der Verabschiedung der Änderungen wird nun darüber spekuliert, dass Kolomoisky mit Hilfe einer erfolgreichen Intervention derselben politischen Kräfte bei der Vertragsausgestaltung des neuen »Ukrnafta«-Vorstands nun doch die faktische Kontrolle über die Firma behalten wird.

Eine zweite Einschränkung betrifft die Frage, inwiefern die partielle Rückgewinnung der Kontrolle über mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Unternehmen durch die politischen Institutionen tatsächlich zum Kampf gegen Korruption und zur Entstehung liberalisierter und transparenter Märkte beiträgt. Viel eher scheint es, als ob sich im Schatten des Kampfes gegen die Oligarchen, und hier vor allem gegen die des alten Regimes, schlicht eine Neuverteilung ökonomischer und damit politischer Macht abspielt. Hauptprofiteure sind dabei vor allem an wichtigen Schnittstellen des Systems operierende, politische und ökonomische Aktivitäten vermischende Vertreter der Post-Maidan-Elite. Beispielhaft hierfür ist Mykola Martynenko, langjähriger Vorsitzender des Energieausschusses, der mit

Hilfe der Protektion von Premier und Präsident derzeit immer mehr persönlichen Einfluss auf das breite Netz staatlicher Energieunternehmen gewinnt. Während gegen Martynenko in der Schweiz bereits wegen Vorteilsnahme in Millionenhöhe ermittelt wird, steht er zudem im Verdacht, Staatsunternehmen über korrupte Schemen um Dollarbeträge in Millionenhöhe zu erleichtern. Insofern ist noch unklar, ob die Deoligarchisierung in der Ukraine tatsächlich für eine Marginalisierung von reformfeindlichen »vested interests« spricht oder sich nur deren Träger verändern. Dass dies der Fall sein könnte, zeigt sich vor allem an den auch nach dem Maidan extrem langsamen Privatisierungsprozessen – so haben weder neue politische Eliten noch hohe Staatsbeamte ein Interesse an der Aufgabe dieser der Bereicherung von Personen und Parteien dienenden Strukturen. Eher hat sich, wie nach 2004, eine (temporäre) Möglichkeit für die politischen Institutionen ergeben, verlorenes Terrain zurückzugewinnen und ein reformatorisches *window of opportunity* im besten Falle auch für neue Spielregeln zu nutzen. Entscheidend ist allerdings, ob diese dann auch innerhalb der Institutionen, und hier insbesondere von den für die Bestellung und die Kontrolle der Leitung von staatlichen Unternehmen zuständigen Organen, verantwortungsvoll oder zur persönlichen Bereicherung genutzt werden.

Machtillusionen und Kontrollverlust: die ukrainische Politik im Reformprozess

Ein wesentlicher Schwachpunkt der gegenwärtigen internationalen Debatte zur Reformpolitik in der Ukraine ist die Vernachlässigung politischer Faktoren bzw. die Verengung auf eine technische oder Effektivitätsdebatte. Vor allem scheint es hier vielfach, als spielten sich die Reformprozesse in Kiew in einer Art politischen Blase ab, auf die Machtfragen bzw. zumindest für demokratische Regime typische institutionelle Zwänge keinen Einfluss haben. Dabei ist – neben den bereits angesprochenen Veto-Spielern – die relativ geringe Kapazität des gegenwärtigen politischen Systems der Ukraine, Reformen effektiv zu gestalten, im Parlament zu verabschieden und zu implementieren, gerade für postrevolutionäre politische Kontexte nicht überraschend. Folgende politische Faktoren spielen für die heute beobachtbare Reformträgheit in der Ukraine die Hauptrolle:

Erstens sei daran erinnert, dass der Maidan eine Revolution der Straße war, die dem Großteil der ehemaligen Oppositionsparteien und heutigen Machthaber teils extrem kritisch gegenüberstand und -steht. Das »Mandat« des Maidan war denn auch kein anderes als das der totalen Selbstaufgabe der neuen Regierenden zu Gunsten eines radikalen Reformkurses – Premier Jazenuk sprach anfangs von einer »Kamikaze-Regierung« –,

eine Erwartungshaltung, der realistisch kaum zu entsprechen war. Insbesondere am in Umfragen immer deutlicheren Popularitätsverlust des Premiers und seiner Partei (*Narodnij Front*), im Oktober 2014 noch Wahlsieger, wird deutlich, welche Dynamik und Volatilität dem politischen System der Ukraine ein Jahr nach dem Maidan weiterhin innewohnt. Problematisch ist die Position des Premiers, über dessen baldige Absetzung schon spekuliert wird, in Bezug auf die Implementierung von Reformen insbesondere, wenn man bedenkt, dass sich der eigentliche Kampf zwischen altem und neuem System nicht im Parlament, sondern in den Ministerien selbst abspielt. Da die Reform- und insbesondere Anti-Korruptionsagenda für viele Vertreter vor allem der mittleren Ministerialbürokratie eine Bedrohung darstellt, spielt ihnen die prekäre Machtposition des Kabinetts in die Hände. Sabotage und das bewusste Hinauszögern von Reformen durch Teile der Ministerialbürokratie sind daher keine Seltenheit. Bekannt geworden sind solche Widerstände beispielsweise im Zuge der Kritik an Gesundheitsminister Aleksandr Kwitashwili, dessen Behörde den Kampf gegen die verbreitete Korruption bei der Arzneimittelbeschaffung auch laut internationalen Organisationen behinderte. Dazu trägt bei, dass es nur im Wirtschaftsministerium bisher gelungen ist, sich von einem Teil der ineffektiven Belegschaft zu trennen (Kürzung um 30 %) und somit die interne Machtbalance zwischen Reformern und »Traditionalisten« zu beeinflussen – in anderen Ministerien liegt die Quote höchstens im einstelligen Bereich. Die Folge sind »capacity bottlenecks« bzw. das Fehlen eines funktionierenden institutionellen Umfelds für eine effektive Implementierung der Reformagenda. Hinzu kommt der nun vermehrt beobachtbare Populismus von Regierungsvertretern, der sich insbesondere im mantraförmigen Verweis auf wenige erfolgreiche Reformprojekte, wie die Einführung der neuen Polizei, zeigt.

Zweitens darf nicht unterschätzt werden, dass in der Ukraine – trotz einiger Elitenkontinuität – 2014 ein politischer Neuanfang gemacht wurde. Dessen Folge ist eine erhöhte Unberechenbarkeit des politischen Prozesses, die sich neben der Heterogenität insbesondere der von Präsident und Premier initiierten und regierenden politischen Formationen (*Block Petro Poroschenko* und *Narodnij Front*) aus der Rückkehr des für die Juschtschenko-Ära typischen machtpolitischen Dualismus zwischen Präsident und Premier ergibt. Eine wesentliche Konsequenz vor allem der wenig homogenen Parlamentsmehrheit bzw. Regierungsparteien für den Reformprozess ist die geringe Durchsetzungsfähigkeit von Gesetzesentwürfen der Regierung in der Werchowna Rada (nach Angaben von *Vox Ukraine* wurden nur knapp über 30 % verabschiedet), was deren Refor-

magenda zunehmend bremst und zum Stückwerk werden lässt. Hinzu kommt, dass das Parlament, aus dem mit über 80 % noch immer die meisten verabschiedeten Gesetze stammen (laut der Rada-Expertin Sarah Whitmore), den Dualismus der Exekutive für sich auszunutzen und beide Machtzentren gegeneinander auszuspielen weiß. Dies schafft erhebliche Freiräume für klientelistisches Verhalten bzw. Lobbying und erhöht die Chance, dass sich gegen jeden Reformvorstoß eine erhebliche Zahl an Abgeordneten mobilisieren lässt. Ein prominentes Beispiel ist die Blockadehaltung des Parlaments im Fall des Gesetzes zur Neuregelung der Vergabe von Staatsaufträgen, das die verbreitete Korruption in diesem Bereich (*»tendernaja mafia«*) beenden und die Teilnahme an zukünftigen Ausschreibungen erleichtern sollte. Wirtschaftsminister Aivaras Abramovitus zufolge scheiterte eine Verabschiedung auch nach der zweiten Lesung am Versuch mehrerer Parlamentarier, die liberalisierende Wirkung des Gesetzes durch Änderungen abzuschwächen. Ähnlich gelagert war die Abstimmung über die Schaffung des »Nationalen Büros gegen Korruption« (*Nazionalnoje Antikorrupzionnoje Bjuro, NABU*), bei der Abgeordnete der Werchowna Rada über 180 Änderungen einbrachten, welche die Autonomie der neuen Struktur stark einschränken (s. [Ukraine-Analysen Nr. 153](#)).

Drittens ist offensichtlich, dass der Ukraine für eine erfolgreiche Reformpolitik das Reservoir an politisch zuverlässigen, unbelasteten und gut ausgebildeten Kadern fehlt. Wie schmal die Personaldecke insbesondere im Bereich politischer Mandate ist, zeigen die auch nach dem Maidan beobachtbare relative personelle Kontinuität im Parlament sowie die Besetzung vieler Ministerposten mit ausländischen Kandidaten. Grund hierfür ist die Tatsache, dass auch 24 Jahre nach der Staatsgründung kaum Rekrutierungskanäle für politisches Nachwuchspersonal existieren und eine partielle Auffrischung des Parlaments lediglich durch den Ad-hoc-Wechsel von zivilgesellschaftlich Aktiven in die Politik nach 2004 bzw. 2014 zustande kam. Hinzu kommt, dass der Elitenmangel auch auf die regionale Ebene zutrifft. Da die ukrainischen Parteien generell nur schwach regional und lokal verwurzelt sind, fehlt es an politischen Transmissionsriemen vom Zentrum in die Peripherie – eine Beobachtung, die umso mehr auf neue politische Formationen wie die von Premier und Präsident zutrifft. Die Besetzung des Gouverneurspostens in Odessa mit dem georgischen Ex-Premier Michail Saakaschwili sowie die hektische Abordnung des Poroschenko-Vertrauten Hennadij Moskal auf den gleichen Posten in Transkarpatien zeigen, wie es um die Loyalität zum bzw. die Durchsetzungsfähigkeit des politischen Zentrums in den von jeher relativ unabhängig denkenden

ukrainischen Regionen steht. Jenseits der Gefahren, die dies allgemein für eine auch vertikale Implementierung von Reformen birgt, wirft der Elitenmangel auch Fragen in Bezug auf die auch von den internationalen Partnern vehement eingeforderte und nun vom Parlament beschlossene Dezentralisierung auf: Inwiefern kommt dieser Prozess eventuell zu früh und könnte zu einem gefährlichen weiteren Kontrollverlust zentralstaatlicher Institutionen sorgen?

Staat und Gesellschaft: »missing link« und divergierende Agenden

Abschließend sei auf einen ebenso simplen wie wichtigen Umstand verwiesen: Neben einem begünstigenden institutionellen und politischen Umfeld bedarf eine erfolgreiche Reformpolitik insbesondere eines Mindestmaßes an gesellschaftlichem Vertrauen in die handelnden politischen Akteure. Nach 24 Jahren der endemisch gewordenen persönlichen Bereicherung und des Klientelismus in der ukrainischen Politik ist Vertrauen nicht über Nacht herzustellen, weshalb auch die »neue« Elite nach dem Maidan mit einem überschaubaren Vorschuss startete. Dennoch waren die Revolution und insbesondere die ihr folgende »Ernennung« der Übergangsregierung durch den Maidan einschneidende Momente für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der Ukraine. So sprach das damalige Überlappen der Agenden der maßgeblichen politischen Akteure auf der einen und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite für eine nachhaltige Etablierung eines bisher fehlenden Links, einer Verbindung zwischen beiden Sphären, der mehr politische Responsivität und Verantwortlichkeit bedeuten könnte. Seitdem haben sich die Agenden allerdings wieder getrennt: Während die Zivilgesellschaft auf die vielen nicht eingelösten Reformversprechen verweist und versucht, einer erneuten Ab- oder Einkapselung der politischen Elite entgegenzusteuern, steht für die politischen Akteure im Vorfeld der Kommunalwahlen bereits wieder der mittelfristige Machterhalt, wenn nicht Machtausbau im Vordergrund. Insbesondere der Krieg im Osten des Landes hat zudem eine zusätzliche sogenannte »Kriegsagenda« entstehen lassen, die den politischen Akteuren gern als Ausrede für die ausbleibende Reformdynamik herhalten muss (s. [Ukraine-Analysen Nr. 145](#)). Vor diesem Hintergrund und dem erneut auf ein Minimum gesunkenen Vertrauen der Ukrainer in die Politik ist tatsächlich davon auszugehen, dass sich das *window of opportunity* für einschneidende Reformen bereits wieder schließt – während politische Alternativen nicht in Sicht sind.

Ausblick

Mehr als anderthalb Jahre nach der »Revolution der Würde« ist in der Ukraine ein postrevolutionäres Macht-

vakuum entstanden, aus dem sich die Reformträgheit der maßgeblichen politischen Akteure erklären lässt. Während die für die Ukraine zentrale Beziehung zwischen Staat und Oligarchen als Hauptvertretern der sogenannten »vested interests« nicht geklärt ist, hat sich auch zwischen den politischen Institutionen und Akteuren noch keine konsolidierte Machtordnung ergeben. Die Konsequenzen für den Reformprozess sind: 1) eine stark eingeschränkte Kontrolle von Präsident und Regierung über die Implementierung der Reformagenda; 2) zunächst wieder gewachsene Freiräume für Korruption und Lobbying; sowie 3) ein zunehmender Vertrauensverlust gegenüber der neuen politischen Elite innerhalb von Zivilgesellschaft und weiterer Öffentlichkeit, was den Reformspielraum weiter einschränkt. Für die der Ukraine wohlgesinnte internationale Gemeinschaft

bedeutet dies vor allem, dass man politische Faktoren bei der Beurteilung der ukrainischen Reformfähigkeit stärker berücksichtigen, vorübergehende »roll-backs« einkalkulieren und generell mehr Zeit für das ambitionierte Reformprogramm veranschlagen sollte. Insbesondere sollten mehr politischer Druck und Beratung bei der Sequenzierung der Reformen erfolgen. Hier sind insbesondere bei der nicht erfolgten Priorisierung der Justizreform und der Stärkung von Eigentumsrechten vermeidbare Fehler gemacht worden. Letztlich sollten internationale Akteure noch mehr Mittel und Expertise bereitstellen, um ein effektives und unabhängiges Monitoring der Reformen durch zivilgesellschaftliche Initiativen zu ermöglichen. Nur so können dauerhaft Vertrauen und Responsivität entstehen.

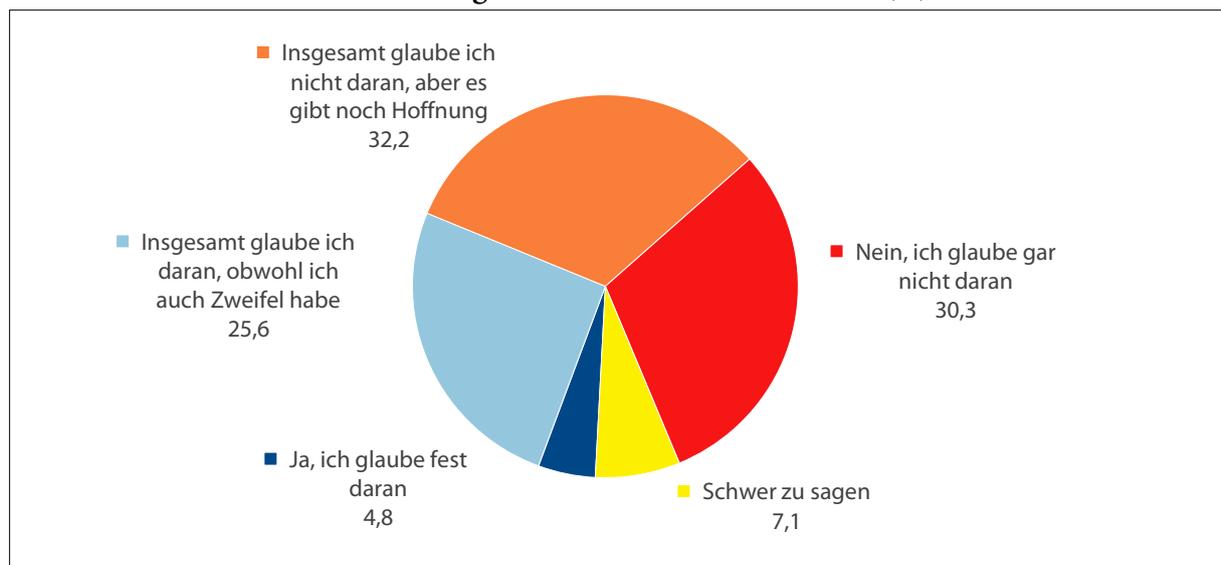
Über den Autor:

Dr. André Härtel ist DAAD-Fachlektor für Deutschland- und Europastudien an der Kiewer Nationalen Mohyla-Akademie (NaUKMA).

UMFRAGE

Die Meinung der Bevölkerung über den Reformprozess in der Ukraine

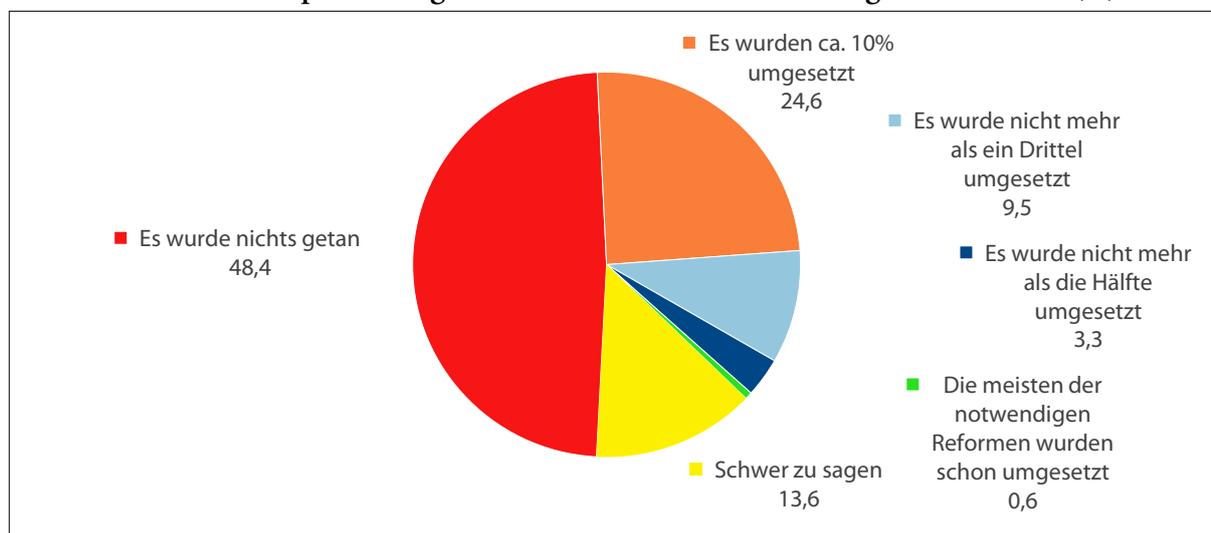
Grafik 1: Glauben Sie an den Erfolg der Reformen in der Ukraine? (%)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3 %).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <<http://dif.org.ua/ua/polls/2015a/reformi-v-elennja-.htm>>

Grafik 2: Wie beurteilen Sie den Reformfortschritt? Wie viel von dem, was die Regierung zu diesem Zeitpunkt umgesetzt haben sollte, ist bereits umgesetzt worden? (%)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3 %).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <<http://dif.org.ua/ua/polls/2015a/reformi-v-elennja-.htm>>

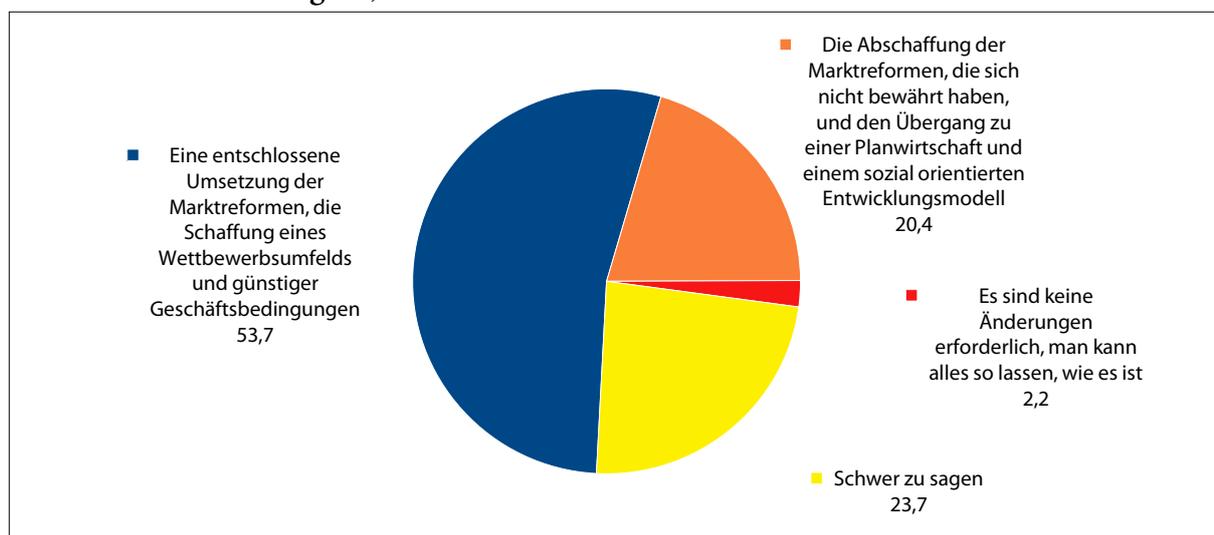
Tabelle 1: Wer treibt Ihrer Meinung nach die notwendigen Reformen in der Ukraine voran und wer bremst sie? (% , nicht mehr als fünf Antworten möglich)

	Treibt sie voran	Bremst sie	Bilanz
Präsident	36,8	39,1	-2,3
Regierung	32,0	51,5	-19,5
Nichtregierungsorganisationen, Freiwillige	22,4	0,5	21,9
Parlamentsmehrheit	22,1	44,5	-22,4
Bevölkerung	18,5	2,6	15,9
Westliche Staaten	11,5	2,4	9,1
Lokale Behörden	9,0	17,5	-8,5
Wissenschaftler	8,3	0,5	7,8
Oligarchen	6,9	51,5	-44,6
Opposition	6,2	17,2	-11,0
Bürokratie	5,5	44,0	-38,5
Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwälte, Gerichte, Polizei)	3,6	21,4	-17,8
Russland	1,3	12,0	-10,7
Andere	2,7	1,4	
Schwer zu sagen	22,0	6,9	

Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3 %).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <<http://dif.org.ua/ua/polls/2015a/reformi-v-elennja-.htm>>

Grafik 3: Welche Änderungen in der Wirtschaftspolitik braucht man Ihrer Meinung nach, um die soziale und wirtschaftliche Krise in der Ukraine zu überwinden? (% , nur eine Antwort möglich)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3 %).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <<http://dif.org.ua/ua/polls/2015a/reformi-v-elennja-.htm>>

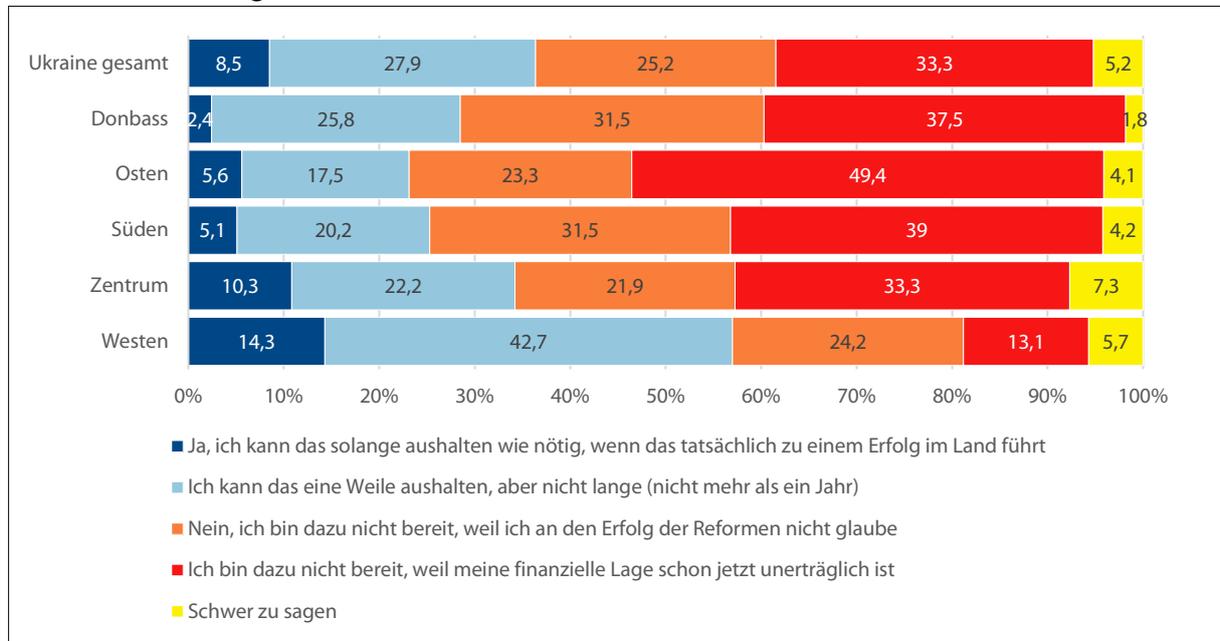
Tabelle 2: Welche Reformen haben Ihrer Meinung nach höchste Priorität? (% , nicht mehr als fünf Antworten möglich)

Reform zur Bekämpfung der Korruption	65,2
Reform der Strafverfolgungsbehörden (Gerichte, Staatsanwälte, Polizei)	58,0
Rentenreform und Reform des Systems der sozialen Absicherung	39,9
Gesundheitsreform	35,9
Armeereform, Stärkung der Verteidigungsfähigkeit	30,9
Lustration der Beamten (Inspektion und mögliche Entlassung)	28,8
Steuerreform	21,5
Bestimmung des Status der besetzten Gebiete des Donbass	20,0
Dezentralisierung und lokale Entwicklung	17,8
Reform des Wahlrechts	14,0
Deregulierung und Anreize für Entwicklung und Investitionen	14,0
Bildungsreform	11,9
Änderungen in der administrativ-territorialen Gliederung	11,5
Bodenreform	8,1
Medienreform	1,2
Andere	1,2
Schwer zu sagen	4,6

Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3 %).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <<http://dif.org.ua/ua/polls/2015a/reform-i-v-elennja-.htm>>

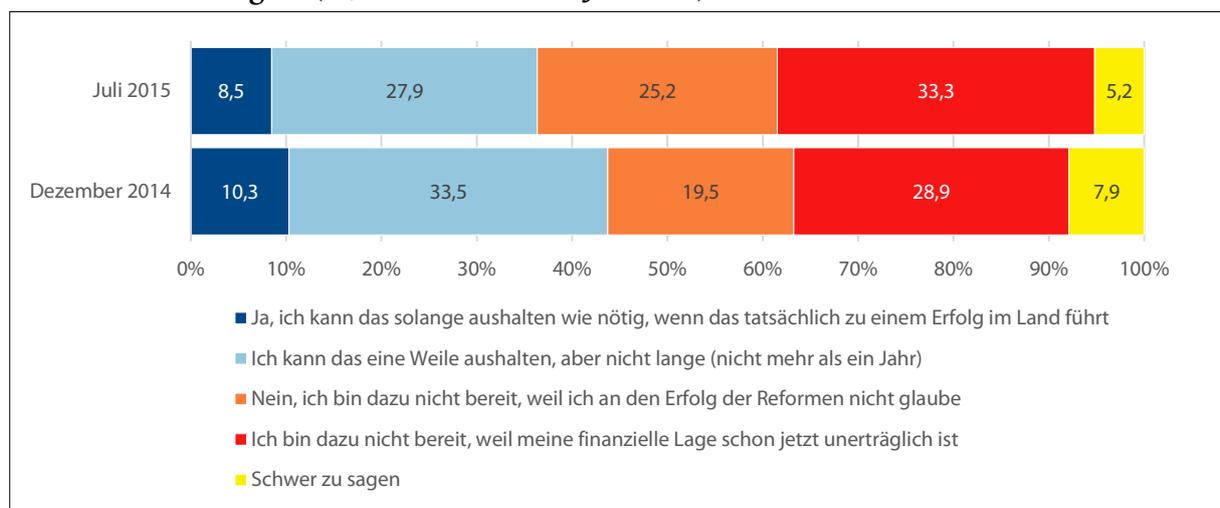
Grafik 4: Die Umsetzung der Reformen wird wahrscheinlich zu einem vorübergehenden Rückgang des Lebensstandards führen. Sind Sie bereit, einige finanzielle Schwierigkeiten zu ertragen? (%)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3 %).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <<http://dif.org.ua/ua/polls/2015a/reformi-v-elennja-.htm>>

Grafik 5: Die Umsetzung der Reformen wird wahrscheinlich zu einem vorübergehenden Rückgang des Lebensstandards führen. Sind Sie bereit, einige finanzielle Schwierigkeiten zu ertragen? (%), Dezember 2014–Juli 2015)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3 %).

Quelle: Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <<http://dif.org.ua/ua/polls/2015a/reformi-v-elennja-.htm>>

Die Sprachenfrage in Kriegszeiten: Politiken um Status, Standards und Identitäten in der Ukraine

Von Laada Bilaniuk, Seattle, USA

Zusammenfassung:

Die Sprachensituation in der Ukraine ist widersprüchlich: Auf der einen Seite sind die meisten Menschen zweisprachig – des Ukrainischen wie des Russischen mächtig – und es ist üblich, in Unterhaltungen beide Sprachen zu verwenden; auf der anderen Seite birgt der Status der offiziellen Sprachen einigen Sprengstoff. Dieser Artikel untersucht die historischen Ursprünge dieses Widerspruchs und den Einfluss des Kriegs auf die derzeitige Sprachwahl der Menschen. Außerdem wird das Phänomen der russischsprachigen ukrainischen Patrioten – die von der russischen in die ukrainische Sprache überwechseln – untersucht sowie die ausdrucksstarke Praxis des *bojovyy surzhyk*, bei der nichtstandardisierte russisch-ukrainische Mischsprachen als Kampfkunst eingesetzt werden.

Einleitung

Das Thema Sprachen stellt nach wie vor eine zentrale Kontroverse in der Ukraine dar. Die Hauptfrage ist: Soll Ukrainisch die einzige Staatssprache bleiben oder soll auch Russische einen offiziellen Status bekommen, als Staats- oder Regionalsprache? Während diese Frage heiß diskutiert wird, sind in der täglichen Interaktion beide Sprachen weithin akzeptiert, da die meisten Menschen in der Ukraine bis zu einem gewissen Grad zweisprachig sind. Dass Konversationen in zwei Sprachen geführt werden, ist sehr üblich, wobei eine Person Ukrainisch spricht und die andere Russisch. Ich nenne das »nicht aufeinander eingehende Zweisprachigkeit« bzw. "rezeptive Zweisprachigkeit", weil die Sprecher auf die Sprachwahl ihres Gegenübers eingehen könnten, so dass nur in einer Sprache kommuniziert würde, sich aber dagegen entscheiden. Die rezeptive Zweisprachigkeit ist in der Ukraine sehr verbreitet, in öffentlichen Interaktionen, Fernsehsendungen und sogar in Familien. So entsteht ein Umfeld, in dem jeder die jeweils bevorzugte Sprache sprechen und damit akzeptiert und verstanden werden kann. Manche nehmen nicht einmal bewusst wahr, welche Sprache sie in einem bestimmten Moment hören oder sprechen, und es ist üblich, von der einen in die andere Sprache zu wechseln. Trotz dieser Toleranz und Flexibilität in vielen Situationen scheiden sich an der Behördensprache und dem gesetzlichen Status von Sprachen vielfach die Geister. Wie lässt sich die paradoxe Dualität zwischen der Akzeptanz des zweisprachigen Zustands auf der einen Seite und der Sprachen als Grund für politische Spaltungen und sogar Krieg auf der anderen Seite erklären? Die Antwort findet sich in der Geschichte der Sprachpolitik und der symbolischen Kraft, die Sprachen heute besitzen.

Über repressive Gesetze gegen den Gebrauch des Ukrainischen und eine Politik zur Förderung des Russischen wurde während der Zarenzeit und der sowjetischen Herrschaft das Russische in der Ukraine als Sprache der Macht etabliert. In der UdSSR war Ukrainisch die Spra-

che einer Minderheit mit niedriger sozialer Stellung, wurde mit Folklore und der Landbevölkerung verbunden und die Sphären, in denen es zum Einsatz kam, waren begrenzt. Russisch dagegen war die Sprache der gehobenen Stellung und des sozialen Aufstiegs. In den Städten sprachen viele Familien Russisch in der Öffentlichkeit und Ukrainisch nur zu Hause. Manche gaben das Ukrainische ganz auf. Mit der Unabhängigkeit der Ukraine wurde Ukrainisch Staatssprache und die Situation begann sich langsam zu verändern. In Regierung, Bildungswesen und im öffentlichen städtischen Raum wuchs der Gebrauch des Ukrainischen. Russisch wurde weiterhin viel verwendet und erhielt seine Dominanz in vielen Bereichen aufrecht, etwa in Rundfunk, Fernsehen und Printmedien. An einigen Arbeitsstellen kam Ukrainisch nur beim offiziellen Schriftverkehr zum Einsatz und Russisch in der gesamten sonstigen Kommunikation. Die Stellung des Ukrainischen als einzige Staatssprache führte dazu, dass es zunehmend mehr gelernt und verwendet wurde, da seine Position aber schwächer als die des Russischen war, nahmen viele es noch immer als bedrohte Sprache wahr.

Gesetze im Konflikt und der Missbrauch von Sprachrechtsdiskursen

Der Verfassung von 1996 entsprechend ist Ukrainisch noch immer die einzige Staatssprache der Ukraine. Ein während Janukowitschs Präsidentschaft verabschiedetes Gesetz von 2012, bekannt als Kiwalow-Kolesnitschenko-Gesetz, verlieh dem Russischen in Regionen, in denen mindestens zehn Prozent der Bevölkerung ethnische Russen sind, aber offiziellen Status. Seine Befürworter stellten es so dar, als ob es der Europäischen Charta der Minderheitensprachen entspräche, tatsächlich diente es jedoch eher dazu, die Dominanz des Russischen zu festigen. Das Kiwalow-Kolesnitschenko-Gesetz unterminierte Bemühungen, den Gebrauch der einst unterdrückten ukrainischen Sprache in Regionen zu erhöhen, in denen es diese Unterstützung am dringendsten

benötigt hätte. Statt ein System der Zweisprachigkeit voranzutreiben, bewirkte es in einigen Regionen den Ausschluss des Ukrainischen zugunsten des Russischen.

Die Erwartung, dass die Bürger der Ukraine Ukrainisch können und es auf Behörden sprechen sollen, stellen Gegner dieser Vorstellung als Verletzung persönlicher Rechte dar. Ein solcher Diskurs über die »Sprachrechte« russischsprachiger Bürger strebt Anerkennung durch die internationale Meinung an, verschleiert aber häufig die verächtliche Zurückweisung des Ukrainischen als einer Sprache, die es nicht zu lernen lohnt. Muttersprachler einer dominierenden Sprache zu sein (in dem Fall des Russischen), ist eine privilegierte Position und es liegt nahe, dass die entsprechenden Personen nicht willens sind, ihre Position zugunsten von Sprechern einer historisch betrachtet untergeordneten Sprache (dem Ukrainischen) aufzugeben. Ein exklusiv-elitärer Status einer Sprache und die Missachtung anderer Sprachen verstoßen allerdings gegen die Menschenrechte. Würde das Sprachengesetz von 2012 auch den Status des Ukrainischen schützen, wäre die Geschichte eine andere. Das tut es jedoch nicht.

Das Kiwalow-Kolesnitschenko-Gesetz unterstützt eine Ideologie der russischen kulturellen Vorherrschaft, die sich in Russland und bei ihren Unterstützern gehalten hat. Laut dieser Ideologie hat die Ukraine ihre Unabhängigkeit nicht verdient und die ukrainische Sprache sollte nicht als legitime Sprache, sondern nur als Dialekt des Russischen angesehen werden. Diese Ideologie wurde in zaristischen Dekreten geäußert, die das Ukrainische verboten und seine Existenz geleugnet haben, und sie setzt sich fort in Äußerungen von Unterstützern der derzeitigen Bemühungen, die Kontrolle über ehemals russische Territorien zu gewinnen, die einen großen Teil der Ukraine ausmachen. In diesem Sinne ist der Komplex der gesellschaftlichen Position von Sprachen mit dem Souveränitätsrecht der Ukraine verknüpft. Es gibt viele Beispiele für unabhängige Länder, die nicht nur eine einzige eigene Sprache haben, doch die ukrainische Geschichte der Unterwerfung durch Russland und Russlands Bestreben, das Ukrainische auszulöschen, macht diese Sprache zu einem besonders starken Symbol der Souveränität.

Eine der ersten Handlungen der Post-Janukowitsch-Regierung im Februar 2014 war der Versuch, das Kiwalow-Kolesnitschenko-Gesetz aufzuheben. Es zeigte sich allerdings, dass dieser Schritt einige Sprengkraft barg. Die Aufhebung sollte nur den regionalen offiziellen Status des Russischen abschaffen, in den russischen Medien wurde sie aber verdreht und als »Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung« oder gar als »Verbannung des Russischen« dargestellt. Angesichts der derzeitigen instabilen gesellschaftlichen Situation hat der Interimspräsident die Aufhebung nicht ratifiziert und sie bleibt in der Schwebe. Im Oktober 2014 haben einige Politiker dem Verfassungs-

gericht einen Vorschlag zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes vorgelegt, diese Überprüfung wurde jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben.

Russischsprachige ukrainische Patrioten und Überläufer zum Ukrainischen

Der Krieg zwischen der Ukraine und Russland hat die russischsprachigen Ukrainer in eine komplizierte Lage versetzt. Einerseits haben die Maidan-Proteste und der gegenwärtige Krieg zweifellos gezeigt, dass die meisten russischsprachigen Bürger der Ukraine die Unabhängigkeit ihres Landes unterstützen und viele sogar bereit sind, ihr Leben für sie zu lassen. Dennoch begegnen wir hier der Frage: Kann man die ukrainische Souveränität fördern, ohne die ukrainische Sprache zu unterstützen (auch wenn man sie nicht gut spricht)? Ziehen wir einige Gründe in Betracht. Wie erwähnt liegt es nahe, dass ein russischer Muttersprachler nicht für eine breitere Verwendung der ukrainischen Sprache eintritt, würde das doch die dominierende Stellung des Russischen beeinträchtigen und möglicherweise zu persönlichem Machtverlust für ihn führen. Für die Förderung der ukrainischen Sprache ist die Akzeptanz der Idee nötig, dass die ukrainische Nationenbildung derzeit auf Russisch nicht in gleichem Maße erreicht werden kann. Hinzu kommt, dass es schwierig ist, im späteren Leben die Sprache zu wechseln. Einfacher ist es, das Erlernen und den Gebrauch des Ukrainischen bei Kindern zu fördern und so einen allmählichen Wandel herbeizuführen. Wegen der Verbindung von Sprache und Identität ist es aber möglicherweise unangenehm, wenn die eigenen Kinder andere sprachliche Fähigkeiten und Verbundenheiten haben als man selbst. Eigentlich sollte die ukrainische Souveränität solcherlei Unbehagen aber aufwiegen und die Zweisprachigkeit sämtliche sprachlichen Spaltungen in den Familien überbrücken.

Aus verschiedenen Gründen sind viele russische Muttersprachler gegen die Ukrainisierung der öffentlichen Sphäre. Viele unterstützen sie aber auch. Einige begrüßen den sprachlichen Wandel sogar als Teil eines bewussten Identitätsfindungsprozesses. Bei meiner letzten Feldforschung im Jahr 2009 war ich anfangs überrascht, dass so viele der ukrainischen Sprachaktivisten und -performer, die ich interviewte, ethnische Russen oder russischsprachig aufgewachsen waren. Viele dieser Sprachwechsler waren sogar engagiertere Aktivisten als die, die zu Hause mit dem Ukrainischen aufgewachsen waren. Oksana Lewkowa zum Beispiel, die Direktorin der NGO Ne Bud' Bajduzhym, die sich für die ukrainische Sprache und eine Entsowjetisierung der Kultur einsetzt, eine ethnische und in Russland geborene Russin, hat sich das Ukrainische in ihrem Leben angeeignet und arbeitet unermüdlich an seiner Beförderung. Auch Sascha Kaltsowa,

Leadsängerin der Rockband Krychitka, ist ethnische Russin und der ukrainischen Sprache in ihrem Privatleben wie ihrer Kreativität verbunden. Wadim Krasnoo-kij von der Rockband Mad Heads ist ethnischer Ukrainer und russischsprachig aufgewachsen. Er wechselte zum ersten Mal in seiner Musik ins Ukrainische, 2009 tat er das dann auch im Privatleben. Es gibt sehr, sehr viele ähnliche Beispiele. Im Internet zirkulieren häufig Berichte über russische Muttersprachler, die ins Ukrainische gewechselt sind oder das gerade tun. Angesichts der historischen Sprachdynamik in der Ukraine sind Tausende von Menschen, die vom Russischen ins Ukrainische überwechseln, durchaus bedeutsam. Für einen signifikanten gesamtgesellschaftlichen Wandel wären aber Millionen nötig. Wahrscheinlicher ist, dass es einer neuen Generation über eine institutionelle Förderung des Bildungswesens und der Medien möglich sein wird, sich das Ukrainische ohne die ungleich größeren Schwierigkeiten anzueignen, die sich im Erwachsenenalter einstellen.

Das Phänomen der sprachlichen Überläufer (etwa vom Russischen ins Ukrainische) stellt das ethnonationale Modell in Frage und affirmiert es gleichzeitig. Es weist das essentialistische Konzept einer gegebenen ethnischen bzw. nationalen Identität zurück, indem eine Person die Wahl trifft, die eigene ethnolinguistische Identität zu wechseln. Viele Überläufer zum Ukrainischen vollziehen dies aber als kategorischen Wechsel und affirmieren ihr Ukrainischsein, indem sie ihre Verbundenheit mit der ukrainischen Sprache durch deren ausschließlichen Gebrauch zum Ausdruck bringen. So unterstützen sie die Gleichsetzung von ukrainischem Patriotismus und ukrainischer Sprache. Dieser Logik folgend, ist es unpatriotisch, Russisch zu sprechen. Eine solche Ideologie führt zu einem potentiell spalterischen Szenario, in dem Russland behauptet, sich um die russischen Muttersprachler zu sorgen und sie zu schützen (und dabei unterstellt, die Ukraine tue das nicht). Die Ukraine hat also die Option, Russisch abzulehnen, ihre eigene einzigartige Sprache zu stärken und so ihre Souveränität zu festigen, oder sie kann Russisch als eine ihrer eigenen Sprachen betrachten, ohne sich der Propaganda der russischen Medien und der Rhetorik von der Einheit der »russischen Welt« zu öffnen.

Eine mögliche Lösung ist Zweisprachigkeit und die dauerhafte Akzeptanz jener zweisprachigen Interaktionen, die bereits weitverbreitet sind. Faktoren, die dieser Lösung im Wege stehen, sind die Ungleichheit der gesellschaftlichen Stellungen beider Sprachen und wie gut sie jeweils beherrscht werden. In der Geschichte waren es die ukrainischen Muttersprachler, die Russisch lernen mussten, während die russischen Muttersprachler sich mit dem Ukrainischen nicht weiter beschäftigten. Die Einführung des Kiwalow-Koleschnitschenko-Gesetzes hat gezeigt, dass die ukrainische Sprache noch immer angreifbar ist

und schnell ausgegrenzt wird, sobald das Russische offiziellen Status erlangt. Verschiedene Sprachen können sich als Keil erweisen, wenn sie keinen gleichwertigen Status haben, und es ist sehr schwer, eine echte Gleichwertigkeit aufrechtzuerhalten. Mitunter werden westliche zwei- oder mehrsprachige Gesellschaften als Erfolgsmodelle angeführt. Soziolinguistische Studien zeigen jedoch, dass es selbst in diesen stabilen und wohlhabenden Ländern Spannungen und Ungleichheiten beim Gebrauch der Sprachen gibt, die ständig bewältigt werden müssen. Politische Stabilität und wirtschaftlicher Wohlstand können Sprachenkonflikte weniger vordringlich machen, die Konflikte wie die Bemühungen, sie zu bewältigen, erübrigen sich dadurch allerdings nicht. Trotzdem entwickelte sich in der Ukraine eine ausgewogenere Zweisprachigkeit, als Ukrainisch Staatssprache wurde. 2009 stellte ich fest, dass die jungen Leute selbst in Regionen, in denen im öffentlichen Leben das Russische dominiert, etwa auf der Krim, ziemlich gut Ukrainisch sprechen und dass zweisprachige Kommunikation dort akzeptiert wird. Durch eine stärkere Präsenz des Ukrainischen im Bildungssystem hat sich die Kenntnis der Sprache verbreitert und ein zweisprachiges System etabliert. Obwohl das Kiwalow-Koleschnitschenko-Gesetz das Ukrainische in einigen Regionen unterminiert hat, hätte das nicht entgegenkommende System der Zweisprachigkeit im Land wahrscheinlich weiterexistieren und sich in Richtung einer ausgewogeneren Zweisprachigkeit entwickeln können.

Der Krieg hat die Dinge aber verändert und die russische Rhetorik politisierte die Sprachwahl zusätzlich. Einige russischsprachige Menschen erklärten, nun müssten sie Ukrainisch lernen, um Putin keinen Vorwand zu liefern, zu kommen und sie zu »retten«. Ihre Muttersprache definiert aber nicht die Loyalität von Menschen. Viele russische Muttersprachler kämpfen an der Seite ukrainischer Muttersprachler und sterben für ihr Land im Krieg in der Ostukraine gegen Russland und die prorussischen Separatisten.

Unterteilt man Menschen entlang ihrer Muttersprache, ergibt sich nur ein beschränkter Blick auf die aktuelle Situation, denn viele Menschen verwenden beide Sprachen sowie nichtstandardisierte Dialekt- oder Mischformen beider Sprachen. Nichtstandardisierte Sprache hat im letzten Jahrzehnt im Netz sogar an Popularität gewonnen, besonders seit den Maidan-Protesten. Der Gebrauch nichtstandardisierter Sprache einschließlich regionaler Dialekte und der als *surzhyk* bekannten ukrainisch-russischen Mischsprache ist ein Weg zur Überwindung der spalterischen Rhetorik von den offiziellen Sprachen.

Kampf-*surzhyk*: Stärke und Solidarität in nichtstandardisierter Sprache

Im Juni 2014 gründete eine Gruppe von Bloggern den Online-»Repka Club«, einen »Kampf-*surzhyk*-Club«

bzw. einen »Kampfclub« für *surzhyk*-Sprecher (<<http://repka.club>>). Der Begriff *bojovyi surzhyk* (Kampf- oder Martial *surzhyk*), geht auf *bojovyi hopak* zurück, eine auf einem traditionellen ukrainischen Tanz basierende Kampfkunst. Die Autoren des Repka Clubs führen ihren Kampf mit dem Mittel der satirischen Kritik der politischen Situation sowie über den Aufbau von Solidarität durch Texte über das tägliche Leben. Einige *surzhyk*-Autoren hatten im August 2015 zwischen 10.000 und 85.000 Fans auf Facebook und diese breitere Gemeinschaft beteiligt sich über Kommentare zu den Posts.

Es gibt verschiedene Gründe dafür, warum Menschen eine Sprache verwenden wollen, die von den Bildungseliten als fürchterlich falsch angesehen werden. Einigen macht es Spaß, mit Sprache zu spielen und sie sich in all ihrer Vielfalt anzueignen. Nichtstandardisierte Sprache ist per definitionem regelwidrig und kann genauso Vertrautheit und Solidarität in Interaktionen hervorrufen wie die Kraft einer Protestkultur. Es gibt auch stärker politisch motivierte Gründe fürs Schreiben in *surzhyk*, etwa die behördensprachlichen Konnotationen zu unterlaufen, die dem Ukrainischen im Zuge seines zunehmenden Gebrauchs in offiziellen Kontexten zugewachsen sind. Mitunter kann ein Gebrauch des Ukrainischen als überkorrekt und pedantisch dastehen lassen. Texte in *surzhyk* mit ihren übertrieben falsch geschriebenen Formen erlauben es daher, Kritik an der Obrigkeit und Solidarität mit den Opfern des Machtmissbrauchs dieser Obrigkeit zu äußern. Nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten im Jahr 2010 wurde die ukrainische Regierung immer offenkundiger korrupt und folgte gleichzeitig (zumindest teilweise) der Maßgabe, das Ukrainische zu verwenden. Die Verweigerung sprachlicher Standards kann als metonymische Verweigerung gegenüber der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung verstanden werden.

Die Bloggerin Tetiana Komyr, die unter dem Nickname Tatusia Bo auftritt, sagte in einem Fernsehinterview, sie und ihre Kollegen würden *surzhyk* verwenden, »um zu versuchen, gesellschaftliche Prozesse zu erklären, die in der regulären Schriftsprache nur sehr schwer erklärt werden können. [...] Es gibt in der Gesellschaft Phänomene, die mit normalen Worten und in der wunderbaren ukrainischen Sprache nicht ausgedrückt werden können.

Über die Autorin

Laada Bilaniuk (bilaniuk@uw.edu) ist Associate Professor im Bereich Anthropologie an der University of Washington in Seattle, USA. Sie ist Autorin eines Buchs über ukrainische Soziolinguistik mit dem Titel *Contested Tongues: Language Politics and Cultural Correction in Ukraine* (2005, Cornell University Press). Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Sprachideologien, Populärkultur, Rasse, Gender, Klasse und Nationenbildung in der Ukraine.

Lesetipp:

Die aktuellen Umfragen zur Sprachenfrage wurden in den Ukraine-Analysen Nr. 152 veröffentlicht, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen152.pdf>>

Warum die Sprache für solche grauenvollen Dinge ruinieren? Deswegen müssen sie mit einem obszönen Wortschatz erklärt werden, mit *surzhyk*, mit grobem Kampf-*surzhyk*.« Tatusia Bo erläuterte weiter, dass es das Ziel der Repka Club-Blogger sei, panische Haltungen in der Gesellschaft einzudämmen, positive Haltungen zu verbreiten und die Leute zum Lächeln zu bringen. Und tatsächlich äußern Fans von Tatusia in Kommentaren, dass sie ihnen Freude macht, dass sie sich mit ihr identifizieren und dass ihr Beispiel sie in ihrem eigenen Bestreben stärkt, sich freier auszudrücken. Unterstützer des *bojovyj surzhyk* nehmen es als erfrischend und authentisch wahr. Es kann genauso Wut und Ironie wie Intimität und Solidarität zum Ausdruck bringen. Indem es die Ideologie von der Standardsprache transzendiert, durchbricht *bojovyj surzhyk* außerdem soziale Hierarchien, die Menschen marginalisieren, die diesen Standard nicht sprechen.

Die Marginalisierung von Nichtstandardsprechern zeigte sich deutlich in der Berufung von Mykhailo Havryliuk, einem Landwirt und Bauarbeiter, ins Parlament. Seine Tapferkeit bei den Protesten wurde zwar gefeiert, im Kontext des Parlaments war sein *surzhyk*-artiger Dialekt aber ein Missklang. Die Reaktionen waren gemischt – manche fanden es unerhört, dass jemand ohne höhere Bildung in der Regierung tätig sein konnte, andere waren der Ansicht, seine offenkundige Integrität mache seinen Mangel an linguistischer Feinheit mehr als wett. Dieser Fall offenbart die Klassenhierarchien, die der Ideologie von der Standardsprache innewohnen.

Bojovyj surzhyk ist zwar bei einer bestimmten Bevölkerungsgruppe beliebt geworden; eine Gleichbehandlung von *surzhyk* und Standardsprache brächte jedoch viel mehr mit sich: eine Neukonzipierung der Gesellschaft, die die etablierten Klassenhierarchien überwinden und aus dem ethnonationalen Standardparadigma ausbrechen würde, das rund um den Globus vorherrscht. Die Entstehung von *surzhyk* als Teil des positiven Ausdrucks der lebendigen Diversität der ukrainischen Identität kann nichtsdestotrotz als neue Dimension der Nationenbildung angesehen werden, wobei das Verhältnis zwischen ukrainischen und russischen Standards weiterhin verhandelt wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Der Besuch des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg in der Ukraine am 21./22. September 2015

Speech by President of Ukraine Petro Poroshenko at the session of the National Security and Defense Council of Ukraine with participation of NATO Secretary General Jens Stoltenberg (Auszüge, 22.09.2015)

Distinguished Mr. Secretary General!

Dear members of the National Security and Defense Council!

Ladies and Gentlemen!

Today's session of the National Security and Defense Council has a historic character—for the first time, a great friend of Ukraine, Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization is taking part in it. I am pleased to welcome you, Mr. Stoltenberg. (...)

First of all, we must remember that our session is held in the midst of the Russian armed aggression against Ukraine, which has been implemented through the armed annexation of Crimea and aggression in the east of our state. Thus, against the backdrop of this aggression, NATO-Ukraine cooperation is not a secondary, but strategic issue for Ukraine, NATO and global security.

I emphasize once again—it goes far beyond national and regional character, because unprecedented violation of regulations and principles of the international law by Russia makes Ukraine-NATO cooperation an exclusively strategic issue for both parties.

(...)

Ukraine is not a NATO member now. Unfortunately, we are not allies de jure. Yet, de facto we are more than just partners. Efficient cooperation between Ukraine and NATO has enormous prospects.

Ukraine is the eastern outpost of Euro-Atlantic civilization, which is now defending not only sovereignty, territorial integrity and independence of our country. Ukraine is currently fighting for freedom and democracy in the region and the world. It is fighting for the right of the Ukrainian people to choose its civilizational path. We will not let anyone from outside the country try to influence this process. It is solely the right of the Ukrainian people and the Ukrainian government and we have made a choice towards European values and European civilizational development during the Revolution of dignity.

I have no doubt that the security sector of Ukraine reformed on the basis of NATO standards will become not only a substantial factor of national security of our state, but also a precondition for reinforced European security and stability.

For today, only common security space and collective guarantees can secure the state from external encroachment and pathological revanchist-imperial ambitions of irresponsible international actors. The absence of responsibility is demonstrated not only by the actions on the Ukrainian theater of operations, but also by the participation of Russia in the military conflict in Syria and other regions.

Unfortunately, we have to confront these ambitions that started in the form of annexation of Crimea and defiant aggression in February 2014.

Today, in the course of the closed part of the session, we will demonstrate convincing and irrefutable evidence of participation of Russian regular troops in the aggression against Ukraine in the east.

Tragic developments that killed about 8000 Ukrainians—both civilians and Ukrainian heroes who defended their Homeland, unfortunately, showed new security realities. These realities mean that the UN Charter is no more effective and the post-war security system that has been acting for almost 70 years, has been ruined by irresponsible actions of the Russian aggressor. The Budapest Memorandum, which was signed in 1994, in the course of the voluntary nuclear disarmament by Ukraine, doesn't impose any obligations and the decision on the policy of non-alignment made by the previous government was simply criminal in relation to security and strategic interests of our state, when the armed forces were destroyed and the entire security and defense sector was put at the mercy of the occupants.

This dreadful mistake was corrected: one of the first decisions of the newly elected Parliament was the abolition of the non-alignment status. The Verkhovna Rada endorsed my respective initiative.

Euro-Atlantic integration course has already been enshrined in the National Security Strategy adopted by you, dear members of the National Security and Defense Council, and the Military Doctrine, adopted at the previous NSDC

session. Respective provisions will also be included in other strategic documents that are currently being drafted. Euro-Atlantic choice with prospect of NATO membership is being increasingly supported by the Ukrainian society. It is very important. I would like to remind you, dear Mr. Secretary General, that two years ago 16% of Ukrainians supported the Euro-Atlantic integration course. A year ago, this figure equaled almost 50%. Now, over 60% of Ukrainians support Euro-Atlantic integration. It means that the Ukrainian nation supports the Euro-Atlantic choice. When we ensure all conditions for the compliance of Ukraine with NATO membership criteria through the reformation of the country, I will initiate a national referendum and, thus, the will of the Ukrainian people will be fixed.

It is a great pleasure that the lack of public support is no longer an obstacle for the prospect of membership.

(...)

It is shameful to remember the Ukrainian army a little bit over a year ago. Today, the Ukrainian Armed Forces are among the strongest on the continent after the reform, reinforcement and acquisition of combat experience.

Our nearest goal is to make the Ukrainian army more efficient and combat ready due to cooperation with NATO. Because the threat of Russian invasion hasn't disappeared. Unfortunately, we will have to live with it for many years. Neither Ukraine, nor European states, especially from the former socialist group, will have calm years in the nearest future.

Thus, rapid and efficient enhancement of defense capability of Ukraine today is a guarantee of security both for our country and the entire Euro-Atlantic area.

Supporting Ukraine, NATO strengthens its positions on the eastern border. Investing in Ukraine, in its security sector, they do not spend money for the assistance to other countries, but invest in their security sector. It is extremely important that citizens of NATO member-states understand that very well.

For today, task 1 for Ukraine in interaction with NATO is to achieve full interoperability of the AFU with NATO forces. The achievement of criteria necessary for membership in the EU and NATO are the top priority for the Ukrainian authorities, let alone 99% of them are similar.

The given work has already been started. Ukraine conducts intensive reforms of all sectors, including national security and defense. NATO standards are the landmark of these transformations for us.

It is very important that NATO countries are directly involved in this process. Over the years of our partnership we didn't have such a level of interaction, trust, common responsibility and determination to achieve the result. (...)

Today, we will also discuss the issues of strategic communication, confronting Russian aggressive propaganda not only in Ukraine, but also in all NATO member-states, development of efficient cooperation in military-technical sphere, exchange of intelligence data with NATO and other issues that will increase the defense capacity of both Ukraine and NATO. (...)

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/vistup-prezidenta-ukrayini-poporoshenka-na-zasidanni-radi-na-36007>>

Remarks by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the National Security and Defence Council of Ukraine (22.09.2015)

Mr President,
Prime Minister,
Ladies and gentlemen,

It is an honour to meet Ukraine's National Security and Defence Council today. This council plays a key role in upholding the territorial integrity and sovereignty of Ukraine. I'm looking forward to our discussions today.

Ukraine and NATO have been Partners for almost 20 years. I am proud of everything we have achieved together. Ukrainian troops have worked alongside their NATO colleagues in Afghanistan and Kosovo.

Ukraine has contributed ships to our counter-piracy and counter-terrorism operations. And Ukraine participates in the NATO Response Force.

Only yesterday, President Poroshenko and I opened the 'Ukraine 2015' exercise to practice disaster response. Ensuring our people are protected from natural as well as man-made disasters. It is clear that NATO can rely on Ukraine.

Today, the Ukrainian people are facing their greatest challenge. There is conflict on Ukrainian soil. Russia has illegally annexed Crimea. An act we will never accept. And Russia continues to support the separatist forces in the east with weapons, command-and-control and troops. This is a violation of the territorial integrity of Ukraine, and it undermines the international rules-based order.

In these difficult times, Ukraine can rely on NATO. NATO provides Ukraine with political and practical support. We support your independence and your territorial integrity. And we support the full implementation of the Minsk

agreements. This remains the only way out of the crisis. Ukraine has had to make some difficult political decisions. Particularly on the status of certain parts of eastern Ukraine.

But it shows that Kyiv is sticking to its Minsk commitments. It is important that you continue on this path. The full implementation of the Minsk agreements by all parties is a prerequisite for peace and for Ukraine to restore sovereign control of its own boarder. I commend you all that you have done.

Your efforts, the fact that the ceasefire is mainly holding, and renewed attempts to find a political solution, are encouraging.

The onus is now on Moscow and the separatists to respect their Minsk commitments. To fully respect the ceasefire. To withdraw their heavy weapons. And to grant OSCE monitors full access. Any parallel local 'elections' that are not fully compliant with Ukrainian law would put the Minsk agreement at risk.

NATO also provides Ukraine with practical support. NATO's five Trust Funds, in areas like command and control, cyber defence, and medical rehabilitation, can make a significant difference.

Our advisors are working with the Ministry of Defence, the General Staff, the National Guard, and others. Helping Ukraine to more effectively defend itself.

In addition, many NATO Allies are supplying equipment and helping with military and police training.

NATO and Ukraine have a stronger, more focused, more substantive partnership than ever before.

Together, we can preserve our vision of a Europe whole, free and at peace.

Thank you.

Quelle: <http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_122737.htm?selectedLocale=en>

Auszüge aus der Rede Poroschenkos bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg (22.09.2015)

Über die unterzeichneten Unterlagen

(...) We are receiving the considerable support of NATO partners in solving the most urgent issues in the area of our defence capability. We highly appreciate Secretary General, your readiness to give and enhance our cooperation. After today's meeting we have signed three most important documents which create a qualitively new parameters of our cooperation as North Atlantic Alliance.

The first one is the agreement between NATO and the Government of Ukraine on the stages of the NATO representation to Ukraine and this is a very bright demonstration on our respect to NATO and our mutual trust and respect.

The second document signed today is the road map on strategic communications partnership between National Security Defence Council and NATO International Secretariat which will be a very important factor in our counter action to Russia's aggression.

We also signed a thoroughly prepared joint declaration on enhancing our defence technical cooperation with NATO which also means some practical steps for NATO countries and Alliance as a whole in the area of our cooperation and I would emphasize Ukraine now needs not lethal weapons but new potential, new capabilities to protect the sovereignty and territorial integrity and independence of our country. (...)

Über die Entwicklung der Sicherheitspolitik der Ukraine in den letzten eineinhalb Jahren

(...) 17 months ago we appeared in front of the annexation of the Crimea and military aggression on the east of my country without army, without weapons, without effective form of the cooperation with our strategic partners and NATO member states and that was the most difficult time for my country, maybe the most difficult in the whole history. And for this 17 or 16 months we go past very big distance (...) But for these months we build up a new very effective army, brave and decisive, we build up the national military technical conflicts and increase four, five times the capability for our national opportunities to deliver the armed weapons, tanks, multi rocket launch system and different others. But that was the war of my country with the weapons of 20th century against a country who has 40 time more military budget that we are, which most modern samples of the weapon were sent to Ukraine. (...)

And for this 17 months we now have opportunity to share the information with our NATO member state partner to supply some defensive weapons already, I mean some drones, some counter battery radar, some radar, some weapons for the electronic warfare. I want to attract your attention, this is not a lethal weapon, this is a defensive electronic weapon which we do not produce but the action of our defensive capabilities is rising.

Quelle: Joint press point with NATO Secretary General Jens Stoltenberg and the President of Ukraine, Petro Poroshenko, <http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_122739.htm>

Die neue Militärdoktrin der Ukraine

President approved new edition of Military Doctrine of Ukraine (24.09.2015)

President Petro Poroshenko signed a Decree to enact the NSDC decision of September 2, 2015 “On the New Edition of the Military Doctrine of Ukraine”.

Under the document, Ukraine is currently facing an acute military threat—Russian armed aggression, which includes temporary occupation of Crimea and aggression in certain areas of Donetsk and Luhansk regions. Possible Russia’s military buildup in close proximity to the state border, inter alia, deployment of tactical nuclear weapons in Crimea, militarization of temporarily occupied territories, presence of military contingent of Russia in Transnistria, intensification of Russian special forces in reconnaissance and subversive activities aimed to destabilize the internal situation in Ukraine pose a great threat to our country as well.

The activity of illegal armed groups in Ukraine aimed to destabilize the internal social and political situation, intimidate people, suppress their will to resist, disrupt functioning of the state authorities, industries and infrastructure is another threat.

The Doctrine outlines military-political challenges that can transform into a threat of using military force against Ukraine. The first of them are Russia’s interference in the internal affairs of Ukraine, counteraction to the European choice of Ukrainians and to the formation of collective security system with participation of Ukraine.

The Doctrine also stipulates scenarios that can endanger military security of Ukraine. The main scenario is full-scale armed aggression of Russia against Ukraine with decisive military-political goals.

The main purposes of military politics, under the Doctrine, are based on the fact that “Ukraine wants to maintain friendly relations with all countries of the world based on the international agreements concluded on the basis of equality, non-interference in internal affairs, mutual respect for independence, sovereignty and territorial integrity”.

The Military Doctrine stipulates that the key task aimed to create conditions for the restoration of state sovereignty and territorial integrity of Ukraine is comprehensive reform of the national security system to a level acceptable for the membership in the European Union and NATO; creating an effective security and defense sector, which provides ample capacity of national defense to repel armed aggression. Another purpose is the development of AFU under the western standards and achievement of interoperability with NATO Forces.

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/prezident-zatverdiv-novu-redakciyu-voyennoyi-doktrini-ukrayi-36019>>

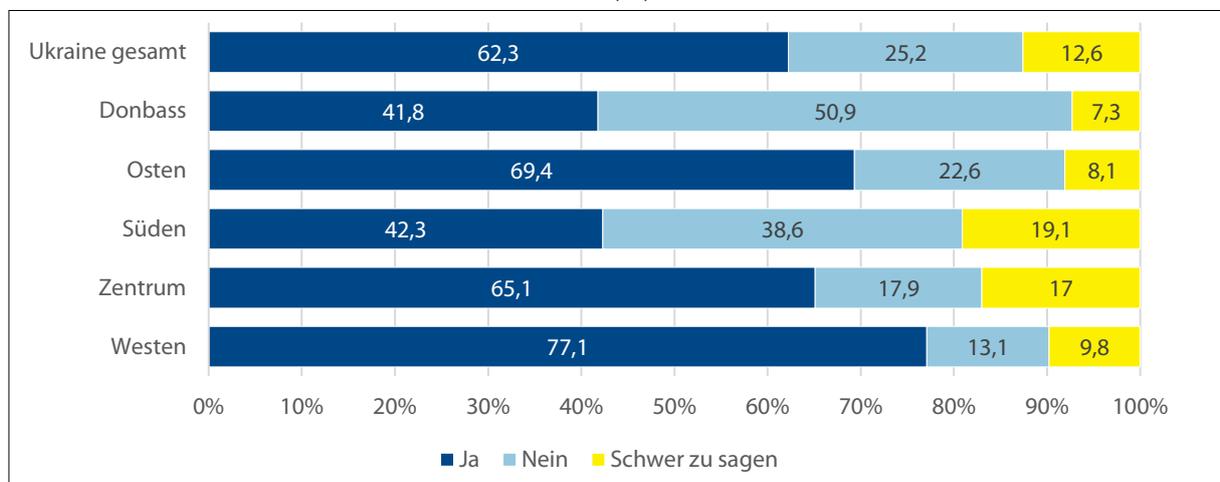
UMFRAGE

Die Unterstützung des NATO-Beitritts durch die Ukrainer

Derzeit befürworten über 60 % der Ukrainer die euroatlantische Integration, wie von Präsident Petro Poroschenko am 22. September 2015 bei der Eröffnung der Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine unter Beteiligung von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg angemerkt. Laut Poroschenko lag die Zustimmung bei fast 50 % vor einem Jahr und bei nur 16 % vor zwei Jahren (s. Dokumentation auf S. 15).

Die Ukraine-Analysen haben diese Aussagen zum Anlass genommen, um die Meinung der Ukrainer über den NATO-Beitritt sowohl rückblickend als auch aktuell nach Regionen gegliedert wiederzugeben.

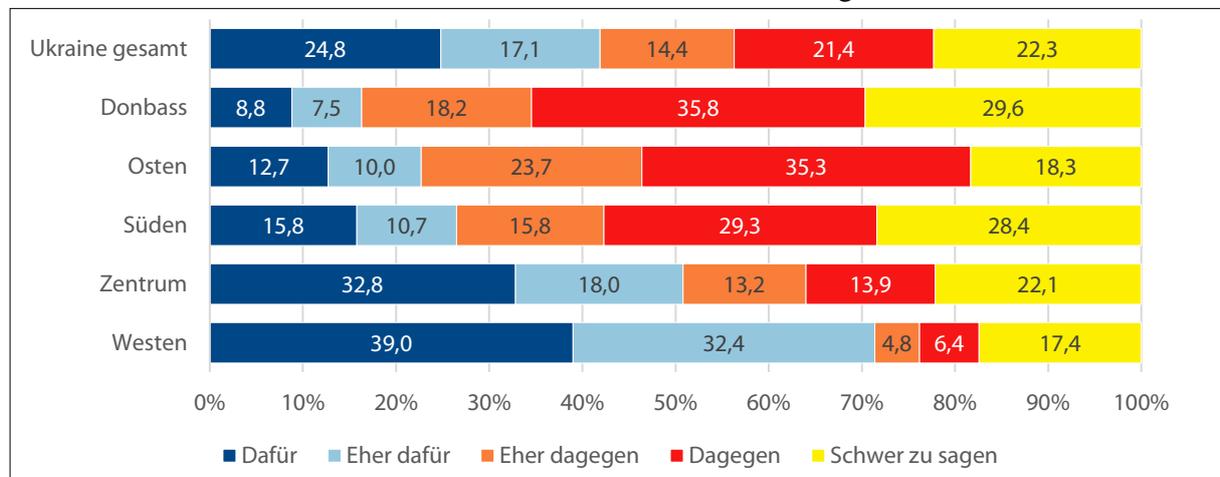
Grafik 1: Wenn in naher Zukunft ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO stattfände, würden Sie teilnehmen? (%)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <http://www.uceps.org/upload/1442994887_file.pdf>

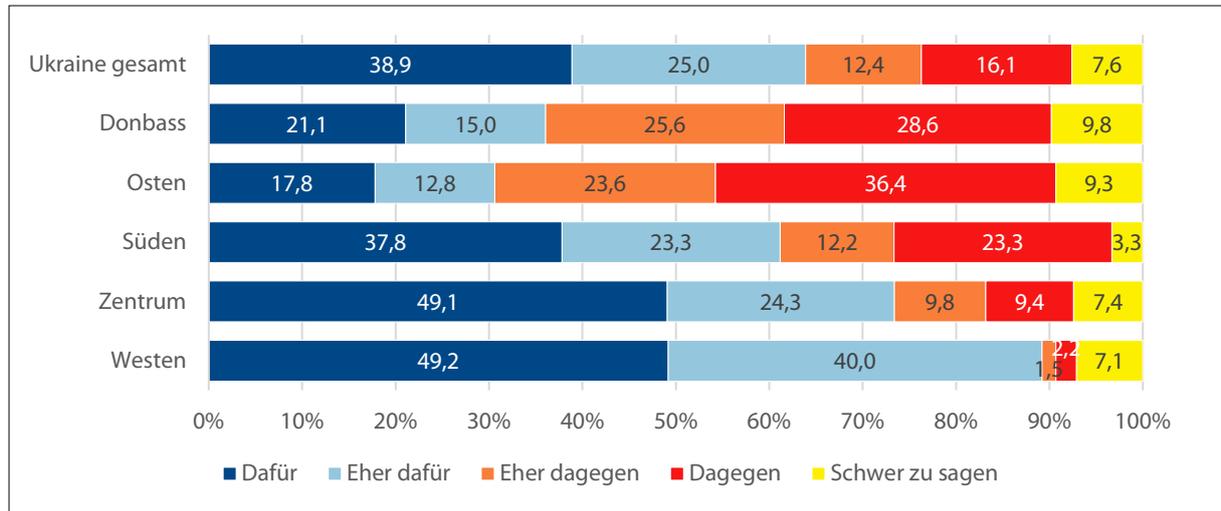
Grafik 2: Wenn in naher Zukunft ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO stattfände, wie würden Sie abstimmen? (% aller Befragten)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <http://www.uceps.org/upload/1442994887_file.pdf>

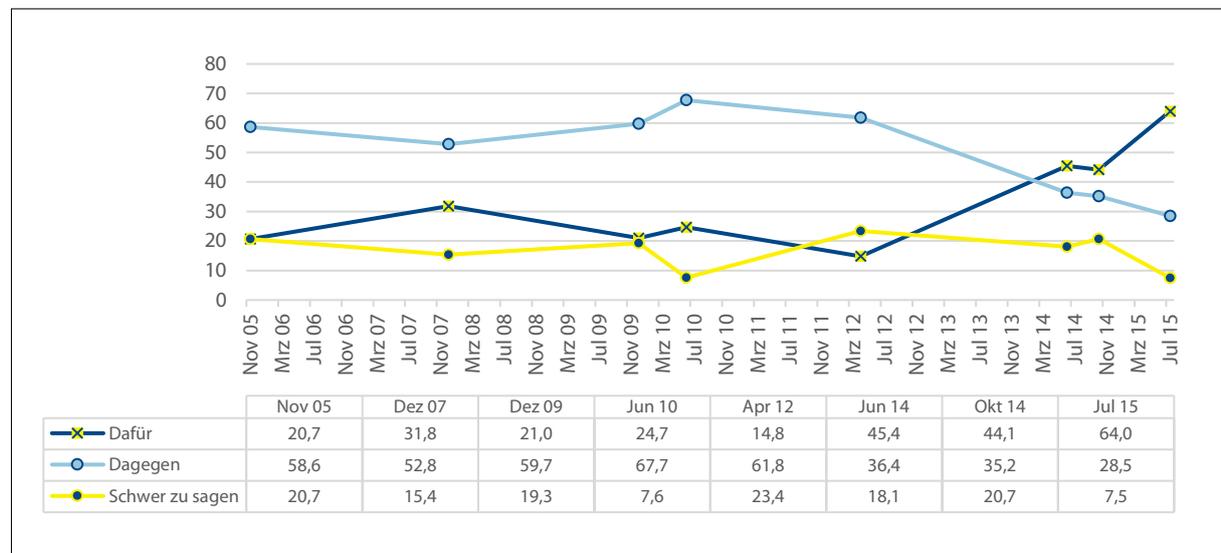
Grafik 3: Wenn in naher Zukunft ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO stattfände, wie würden Sie abstimmen? (% derjenigen, die am Referendum teilnehmen würden)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <http://www.uceps.org/upload/1442994887_file.pdf>

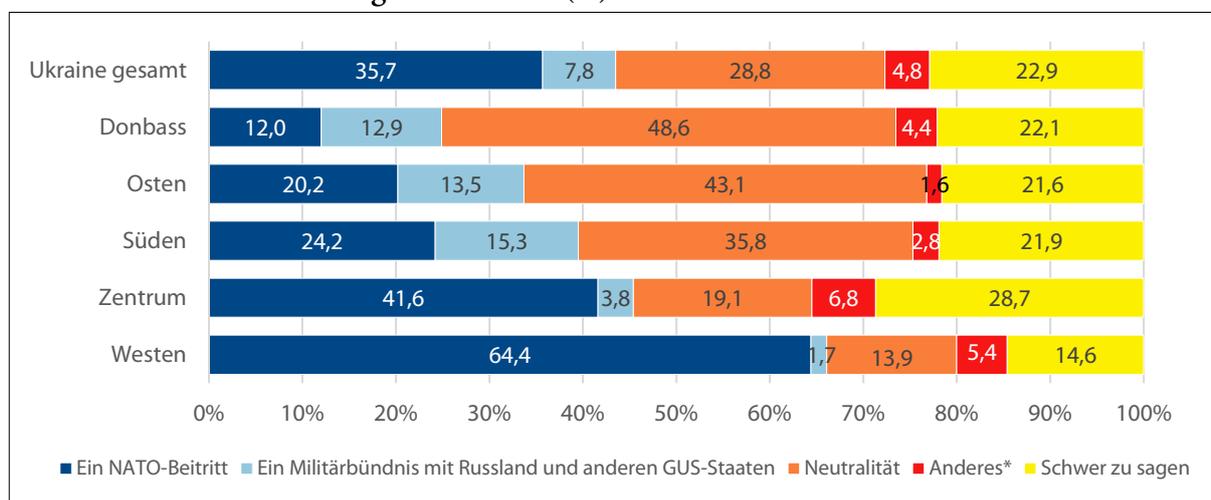
Grafik 4: Wenn in naher Zukunft ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO stattfände, wie würden Sie abstimmen? (November 2005 bis Juli 2015, % derjenigen, die am Referendum teilnehmen würden)



Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <http://www.uceps.org/upload/1442994887_file.pdf>

Grafik 5: Welche der folgenden Optionen würde die Sicherheit der Ukraine Ihrer Meinung nach am ehesten gewährleisten? (%)



* inkl. Militärbündnis mit den USA

Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%).

Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <http://www.uceps.org/upload/1442994887_file.pdf>

Tabelle 1: Wählen Sie drei Hauptgründe, warum Sie für den Beitritt der Ukraine zur NATO sind (% derjenigen, die für den NATO-Beitritt sind).

	Westen	Zentrum	Süden	Osten	Donbass	Ukraine gesamt
Dadurch wird die Sicherheit der Ukraine gewährleistet	76,3	86,0	78,9	88,1	80,4	82,0
Das wird die ukrainische Armee stärken und modernisieren	53,0	46,3	42,1	50,0	47,1	48,8
Das ist ein Schritt in Richtung EU-Integration	45,0	18,4	47,4	16,7	27,5	30,2
Das wird den internationalen Stand der Ukraine verbessern	18,7	22,3	21,1	16,7	15,4	19,9
Das wird die Entwicklung der Ukraine als demokratischer Staat begünstigen	19,1	13,1	26,3	17,9	11,8	16,5
Das wird die Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft fördern	14,0	10,6	21,1	16,7	27,5	14,1
Das wird Impulse für die Entwicklung der Rüstungsindustrie geben	9,0	13,1	15,8	21,4	7,8	12,3
Das wird Investitionen und Kredite aus dem Westen begünstigen	9,7	10,0	17,5	6,0	23,5	10,9

Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Luhansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%). Die Optionen »Anderes« und »Schwer zu sagen« sind hier nicht angegeben.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <http://www.uceps.org/upload/1442994887_file.pdf>

Tabelle 2: Wählen Sie die drei Hauptgründe, warum Sie gegen den Beitritt der Ukraine zur NATO sind (% derjenigen, die gegen den NATO-Beitritt sind).

	Westen	Zentrum	Süden	Osten	Donbass	Ukraine gesamt
Dadurch wird die Ukraine in die militärischen Einsätze der NATO hineingezogen	55,3	50,0	58,8	54,3	39,2	50,3
Die NATO ist ein aggressiver imperialistischer Block	23,4	32,8	49,0	40,6	32,6	36,6
Die Ukraine muss grundsätzlich neutral bleiben	53,2	33,3	26,8	29,1	31,0	31,9
Das könnte Russland zu einer direkten militärischen Konfrontation provozieren	21,3	25,3	30,9	41,4	19,8	29,4
In der Ukraine werden Ausländer und ausländisches Kapital herrschen	21,3	33,3	37,5	18,7	33,1	28,6
Dafür sind erhebliche zusätzliche Mittel erforderlich	17,0	23,1	19,8	25,0	19,8	22,0
Das wird die Beziehungen mit Russland verschlechtern	12,8	12,9	24,0	16,0	8,2	14,2
Dadurch werden sich westliche Kultur und Moral in der Ukraine verbreiten	12,8	9,1	25,0	8,7	20,9	14,2

Anmerkung: Daten ohne Krim und die besetzten Gebiete von Donezk und Lubansk. Insgesamt wurden 2.011 Menschen befragt (Stichprobenfehler: 2,3%). Die Optionen »Anderes« und »Schwer zu sagen« sind hier nicht angegeben.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 22. bis zum 27. Juli 2015, <http://www.uceps.org/upload/1442994887_file.pdf>

Die Militärausgaben der Ukraine

Durch den Krieg im Donbass verliert die Ukraine jeden Tag fünf Millionen US-Dollar, die ansonsten in eine nachhaltige Entwicklung investiert werden könnten, wie der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, am 27. September 2015 beim UN-Nachhaltigkeitsgipfel in New York erklärte.

Fünf Tage zuvor erwähnte der Präsident bei einem Treffen mit dem NATO-Generalsekretär, dass sein Land einen Krieg gegen Russland führe, dessen Militärbudget 40 mal größer sei als das der Ukraine (s. Dokumentation auf S. 16).

Nachfolgend vergleichen die Ukraine-Analysen die Militärausgaben der Ukraine sowohl rückblickend als auch international.

Tabelle 1: Die Militärausgaben ausgewählter Länder im Jahr 2014, Milliarden US-Dollar

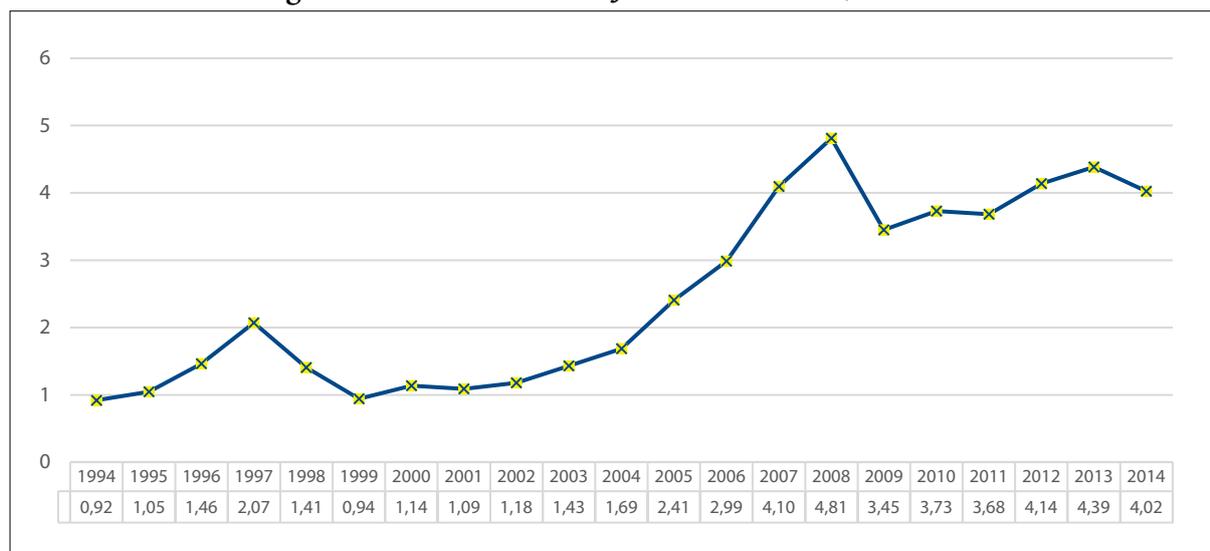
ausgewählte NATO-Mitglieder		ausgewählte GUS-Staaten	
USA	609,9	Belarus	0,98
Deutschland*	46,5	Ukraine	4,02
Großbritannien	60,5	Russland*	84,46
Frankreich	62,3	Aserbaidshan	3,58
Polen	10,5	Armenien	0,47
NATO-Mitglieder durchschnittlich	34,1	GUS-Staaten durchschnittlich*	10,69

* SIPRI-Schätzungen

Anmerkung: Berechnung der Durchschnittswerte ohne Angaben für Turkmenistan, Tadschikistan und Island.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex-data-1988-2014>. Durchschnittswerte nach Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 1: Militärausgaben der Ukraine in den Jahren 1994–2014, Milliarden US-Dollar



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex-data-1988-2014>

Tabelle 2: Militärausgaben ausgewählter Länder im Jahr 2014, % des BIP

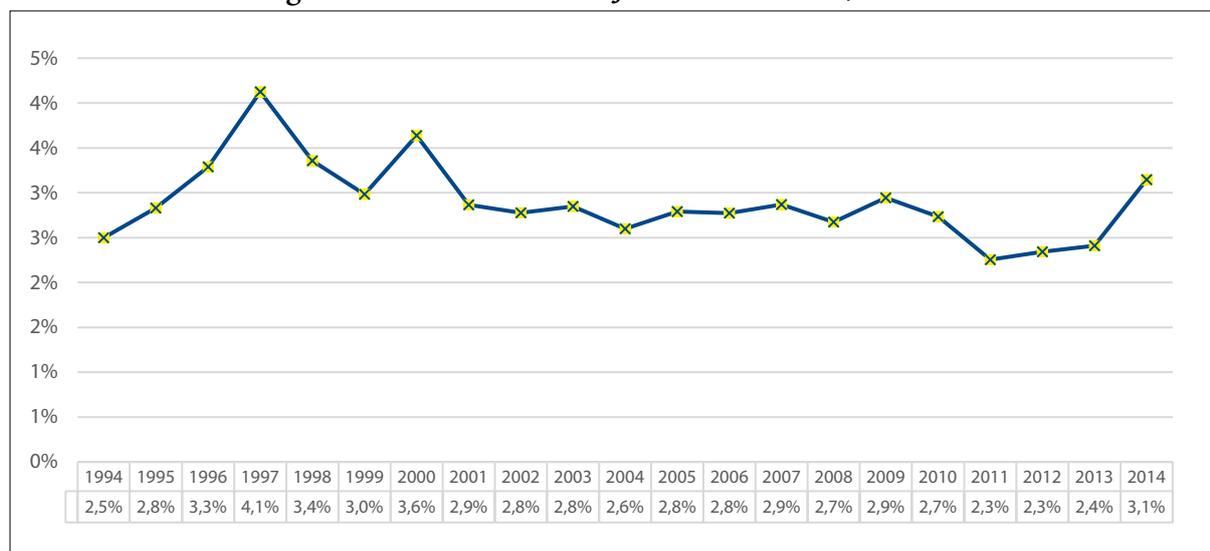
ausgewählte NATO-Mitglieder		ausgewählte GUS-Staaten	
USA	3,5 %	Belarus	1,2 %
Deutschland*	1,2 %	Ukraine	3,1 %
Großbritannien*	2,2 %	Russland*	4,5 %
Frankreich	2,2 %	Aserbaidshan	4,6 %
Polen	1,9 %	Armenien	4,2 %
NATO-Mitglieder durchschnittlich	1,5 %	GUS-Staaten durchschnittlich *	2,6 %

* SIPRI-Schätzungen

Anmerkung: Berechnung der Durchschnittswerte ohne Angaben für Turkmenistan, Tadschikistan und Island.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex-data-1988-2014>. Durchschnittswerte nach Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 2: Militärausgaben der Ukraine in den Jahren 1994–2014, % des BIP



Anmerkung: Angaben in den Jahren 1994–2004 – SIPRI-Schätzungen

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex-data-1988-2014>

Tabelle 3: Militärausgaben einiger Länder im Jahr 2014, % der Staatsausgaben

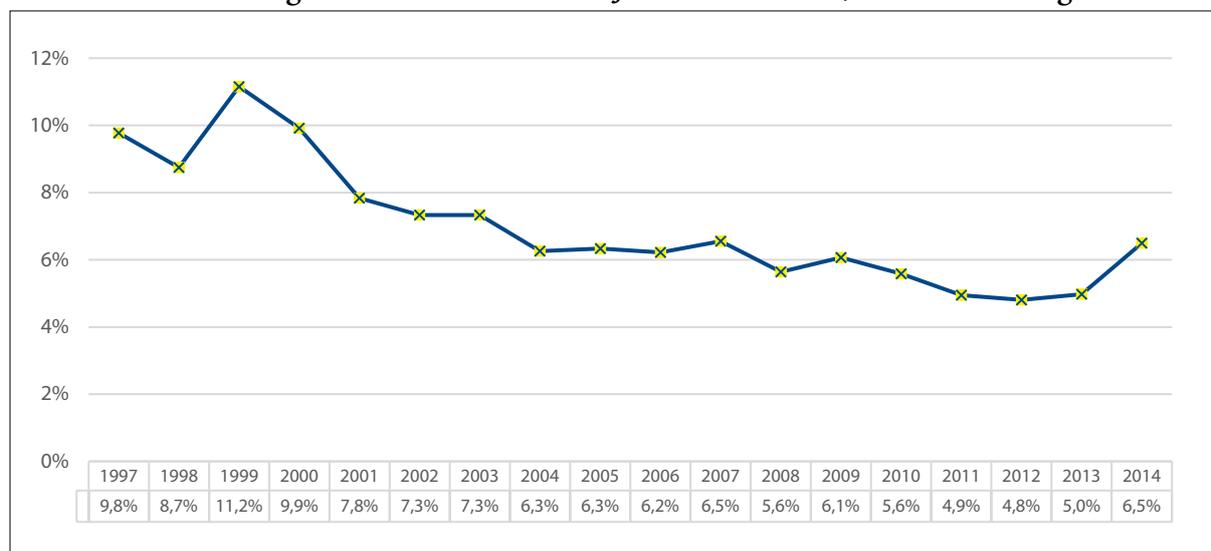
ausgewählte NATO-Mitglieder		ausgewählte GUS-Staaten	
USA	9,5 %	Belarus	2,7 %
Deutschland*	2,8 %	Ukraine	6,5 %
Großbritannien	5,1 %	Russland*	11,7 %
Frankreich	3,8 %	Aserbaidshan	11,7 %
Polen	4,7 %	Armenien	16,7 %
NATO-Mitglieder durchschnittlich	3,2 %	GUS-Staaten durchschnittlich*	7,7 %

* SIPRI-Schätzungen

Anmerkung: Berechnung der Durchschnittswerte ohne Angaben für Turkmenistan, Tadschikistan und Island.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex-data-1988-2014>. Durchschnittswerte nach Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen.

Grafik 3: Militärausgaben der Ukraine in den Jahren 1997–2014, % der Staatsausgaben



Anmerkung: Angaben in den Jahren 1997–2004 – SIPRI-Schätzungen

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex-data-1988-2014>

14. – 27. September 2015

14.09.2015	Nach mehreren Tagen ohne offizielle Todesopfer vermeldet der ukrainische Generalstab den Tod zweier Angehöriger der ukrainischen Streitkräfte in der so genannten »Anti-Terror-Operation«.
14.09.2015	Präsident Petro Poroschenko kündigt an, die nächste planmäßige Runde der Mobilmachung zum Armeeinsatz im Donbass auszusetzen. Der seit Anfang September relativ stabile Waffenstillstand erlaube diesen Schritt.
15.09.2015	Der Vorsitzende der Fraktion Selbsthilfe, Oleh Beresjuk, erklärt, dass seine Fraktion vorläufig Bestandteil der Regierungskoalition bleiben werde, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu garantieren, obwohl die Fraktion sich kritisch zur von der Regierung geplanten Verfassungsänderung zur Dezentralisierung positioniert. Die Fraktion der Radikalen Partei hatte nach der Abstimmung zur Dezentralisierung ihren Austritt aus der Regierungskoalition erklärt.
15.09.2015	Zwei der Angehörigen des Rechten Sektors in der Region Transkarpatien, die sich im Juli 2015 eine bewaffnete Auseinandersetzung mit staatlichen Behörden geliefert hatten, kommen bei einem Autounfall ums Leben. Nach Angaben der örtlichen Polizei ist ihr PKW von der Straße abgekommen und mit einem Armeefahrzeug zusammengestoßen. In ihrem Blut sei Alkohol gefunden worden.
15.09.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Auftragsvergabe und Anschaffungen durch staatliche Stellen transparenter gestalten soll. Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Ajwaras Abromawitschus, erklärt, es diene der Korruptionsbekämpfung und werde im Jahr bis zu 50 Milliarden Hrywnja (etwa zwei Milliarden Euro) einsparen.
15.09.2015	Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn erklärt, der Lieferpreis für russisches Erdgas in die Ukraine werde im vierten Quartal 2015 bei 252 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter liegen.
16.09.2015	Der Minister für Sozialpolitik, Pawlo Rosenko, entlässt die gesamte Führungsebene der staatlichen Arbeitslosenversicherung. Ihr Direktor, Jaroslaw Kaschuba, war in der vergangenen Woche wegen der Annahme einer Bestechungszahlung in Höhe von 600.000 Hrywnja (etwa 24.000 Euro) verhaftet worden.
16.09.2015	Nach Angaben des Instituts für Massenkommunikation wurden in der Ukraine im Jahr 2015 bisher 224 Fälle von Drohung oder Gewalt gegen Journalisten festgestellt. Dies sei ein Viertel der Fälle des Jahres 2014, erklärt eine Mitarbeiterin des Instituts im Interview mit Radio Swoboda. Jedoch seien bisher lediglich drei Fälle vor Gericht gekommen.
16.09.2015	Das Parlament annulliert eine Vereinbarung mit Russland zum gemeinsamen Bau eines Atomkraftwerks im Gebiet Chmelnytskyj aus dem Jahr 2010. Die Reaktorblöcke drei und vier werden nicht gebaut.
16.09.2015	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, ordnet Lokalwahlen für den 18. Oktober 2015 an. Die Wahlen würden in mehreren zeitlich voneinander getrennten Schritten vorstattengehen. Zunächst würden am 18. Oktober die Bürgermeister und Vorsitzenden der Regionalverwaltungen gewählt. Die Minsker Vereinbarungen sehen Lokalwahlen nach geltendem ukrainischem Recht sowie die Beobachtung durch die OSZE vor. Diese hatte bereits angekündigt, die geplanten Wahlen der Separatisten nicht zu beobachten, da sie nicht ukrainischem Recht folgen.
16.09.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von Abzügen schwerer Waffen der ukrainischen Armee von der Frontlinie. Auf Seiten der Separatisten sei eine solche Bewegung im selben Ausmaß nicht zu beobachten.
16.09.2015	Der Chef des russischen Energiekonzerns Gazprom, Aleksej Miller, kündigt an, dass der Konzern für zwei Quartale auf eine Take-or-pay-Klausel bei der Lieferung von Erdgas an die Ukraine verzichten werde. In Verträgen dieser Art wird im Voraus eine feste Abnahmemenge vereinbart, die der Käufer auch dann bezahlen muss, wenn er sie nicht abruft.
16.09.2015	Präsident Petro Poroschenko setzt per Erlass neue Sanktionen gegen Russland in Kraft. Über 400 Personen werden mit Einreiseverbot belegt, auch ausländische Journalisten sind darunter. Nachdem die britische BBC die Aufnahme von sechs Journalisten öffentlich beklagt, werden diese von der Liste gestrichen.
17.09.2015	Das Parlament stimmt mit über 300 Ja-Stimmen für ein Gesetzespaket zur Restrukturierung der ukrainischen Staatsschulden. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk hatte zuvor gewarnt, dass die Ablehnung der Gesetze für das Land die Zahlungsunfähigkeit bedeuten würde.
17.09.2015	Ein Abgeordneter der Radikalen Partei, Ihor Mosijtschuk, wird im Parlament festgenommen und abgeführt, nachdem das Parlament ihm die Immunität entzogen hatte. Ihm wird unter anderem Bestechlichkeit vorgeworfen.
18.09.2015	Ein Kiewer Gericht ordnet 60 Tage Untersuchungshaft für den der Bestechlichkeit angeklagten Abgeordneten der Radikalen Partei Ihor Mosijtschuk an. Unmittelbar nach der Verkündung der Entscheidung erklärt Mosijtschuk, dass er in Hungerstreik trete.
19.09.2015	Der Generalstab der ukrainischen Armee vermeldet, dass der Waffenstillstand weiterhin weitestgehend eingehalten werde.

19.09.2015	Die stellvertretende Justizministerin Natalia Sewostjanowa erklärt, dass im Rahmen des Gesetzes zur »Durchleuchtung« hoher Beamter auf Korruptionsdelikte bisher 760 Personen überprüft worden seien. Etwa 80.000 Beamte würden noch kontrolliert.
20.09.2015	Die Beobachtermission der OSZE bestätigt bei der Überprüfung von zwei Unterbringungsorten schwerer Waffen in der »Volksrepublik Donezk«, dass alle zuvor registrierten Waffen noch am Ort seien. Die Mission registriert außerdem fünf Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesysteme innerhalb der Verbotszone für schwere Waffen auf dem Gebiet der »Volksrepublik Luhansk« sowie Panzerabwehrlenk Waffen, einen Panzer und zwei Schützenpanzer auf dem Gebiet, das von der Ukraine kontrolliert wird.
20.09.2015	Die Außenminister des aktuellen, des vorherigen und des nächsten vorsitzenden Staats der OSZE – Schweiz, Serbien und Deutschland – erklären, im Donbass würden zurzeit die Bedingungen für einen politischen Prozess zur friedlichen Beilegung des Konflikts entstehen.
20.09.2015	Der Vorsitzende des Medschlis der Krimtataren, Refat Tschubarow, fordert, auf der ukrainischen Seite der Grenze zur Krim Versorgungszentren einzurichten, bei denen Bewohner der Halbinsel Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs erwerben können. Die Forderung steht im Zusammenhang mit einer Blockade der Transportwege zur Halbinsel, zu der Nichtregierungsorganisationen am selben Tag aufgerufen haben.
20.09.2015	Ein Pressesprecher des Präsidenten Petro Poroschenko weist Anschuldigungen zurück, nach denen die Präsidialadministration die Ausstrahlung einer politischen Live-Talkshow zu Korruption im Parlament im Fernsehsender 1+1 verhindert habe. Der Moderator der Talkshow, Sawik Schuster, hatte dem Unternehmer Ihor Kolomojskyj, dem Besitzer des Senders, vorgeworfen, die Sendung in Absprache mit der Präsidialadministration abgesagt zu haben. Der Sender erklärt, die Diskussion sei nicht ausgestrahlt worden, um die bereits erhebliche Anspannung in der Öffentlichkeit nicht weiter zu befördern. Der Abgeordnete und Vorsitzende der Radikalen Partei, Oleh Ljaschko, der zu der Talkshow eingeladen war, erklärt später, dass er in der Live-Sendung Dokumente präsentieren wollte, die dem Präsidenten eine politische Motivation bezüglich der Strafverfolgung des Abgeordneten der Radikalen Partei Ihor Mosijtschuk nachweise.
21.09.2015	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Luhansk«, Ihor Plotnytskyj, kündigt Lokalwahlen für den 1. November 2015 an.
21.09.2015	Die Zentralbank erklärt, dass die Staatsschulden im ersten Halbjahr des Jahres 2015 von 95 % auf 122 % des Bruttoinlandsprodukts angestiegen seien. Als Grund wird unter anderem der neue Hilfskredit des Internationalen Währungsfonds genannt.
22.09.2015	Der Vertreter der »Volksrepublik Luhansk« in der Arbeitsgruppe zu politischen Fragen erklärt, man habe in der Gruppe einen Plan ausgearbeitet, der den 21. Februar 2016 für Lokalwahlen vorsieht. Vor einigen Tagen hatten die Separatisten der »Volksrepubliken« angekündigt, Lokalwahlen am 18. Oktober bzw. am 1. November 2015 durchzuführen. Der Plan basiere auf geltendem ukrainischem Recht. Der »Parlamentssprecher« der »Volksrepublik Luhansk«, Denis Puschilin, erklärt wenig später, der Plan beziehe sich auf spätere Etappen der Lokalwahlen. Die bisher anvisierten Termine im Herbst 2015 würden beibehalten.
22.09.2015	Die Weltbank korrigiert ihre Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine. Das Bruttoinlandsprodukt werde im laufenden Jahr um etwa 12 % schrumpfen. Bisher hatte die Weltbank einen Rückgang von 7,5 % prognostiziert.
23.09.2015	Bei Verhandlungen der trilateralen Kontaktgruppe in Minsk erreichen Vertreter der Ukraine, Russlands und der OSZE keine Einigung bezüglich eines Abzugs von Waffen mit Kalibern unter 100 Millimetern.
23.09.2015	Die Staatsanwaltschaft leitet ein Verfahren gegen den Energiekonzern Ukrnafta ein. Ihm wird vorgeworfen, dem Staat Dividenden in Höhe von 3,3 Milliarden Hrywnja (etwa 135 Millionen Euro) vorenthalten zu haben. Der ukrainische Staat hält 50 % + 1 Aktie an Ukrnafta, der Unternehmer Ihor Kolomojskyj besitzt 42 % der Aktien.
23.09.2015	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, erklärt, dass die Separatisten der »Volksrepublik« die Minsker Vereinbarungen nicht mehr respektieren würden, wenn die Ukraine ein Referendum zum NATO-Beitritt vorbereiten sollte. In diesem Falle werde man auch die zurzeit von der Ukraine kontrollierten Teile des Donbass einnehmen.
23.09.2015	Nach Angaben der Polizei im Gebiet Cherson kehren alle LKW, die an der Grenze zwischen der Ukraine und der Krim von zivilen Blockaden aufgehalten worden waren, um. Seit dem 20. September 2015 blockieren proukrainische Aktivisten und Krimtataren die Zufahrtsstraßen auf die Halbinsel.
24.09.2015	Die Zentralbank senkt den Leitzins von 27 % auf 22 %.
24.09.2015	Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs herrscht im Donbass seit mehreren Tagen eine fast vollständige Waffenruhe. Gleichwohl wird der Tod eines ukrainischen Soldaten vermeldet, der bei der Explosion einer Mine ums Leben gekommen ist.

24.09.2015	Nachdem Präsident Petro Poroschenko zuvor dazu aufgerufen hatte, ein Gesetz zur Reformierung des Staatsdienstes aus dem Parlament abzuziehen, erklärt der EU-Botschafter Jan Tombinski, dass Poroschenko sich in Gesprächen bereit gezeigt habe, das Projekt wie geplant zur zweiten Lesung im Parlament zu belassen. Das Gesetz war mit Finanzhilfen der EU entwickelt worden. Die EU drängt auf seine Verabschiedung.
25.09.2015	Der Stellvertretende Generalsekretär der UN für humanitäre Fragen, Steven O'Brian, erklärt, die »Volksrepublik Luhansk« habe alle Organisationen der UN ausgewiesen.
25.09.2015	Der Fernsehsender 1+1, der sich im Besitz des Unternehmers Ihor Kolomojskyj befindet, erklärt, dass auch an diesem Freitag die politische Talkshow »Schuster live« nicht ausgestrahlt werde. Bereits vergangene Woche war das Liveprogramm kurz vor der Ausstrahlung abgesagt worden. Der eingeladene Abgeordnete Oleh Ljaschko hatte daraufhin dem Sender Absprachen mit der Präsidialverwaltung vorgeworfen.
25.09.2015	Nach Angaben der Abgeordneten Olha Bohomolets vom Block Petro Poroschenko erliegt ein weiterer Polizist seinen Verletzungen, die er sich bei den Ausschreitungen am 31. August 2015 vor dem Parlament zugezogen hatte. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich damit auf vier. Anhänger verschiedener Gruppen hatten gegen die Verfassungsänderung zur Dezentralisierung protestiert, einige davon gewaltsam. Eine Granate war in Richtung der Polizei geworfen worden (s. Ukraine-Analysen Nr. 155).
25.09.2015	Die Regierung untersagt russischen Fluggesellschaften, u. a. Aeroflot und Transaero, ukrainische Flughäfen zu bedienen. Das Verbot gilt auch für Transitflüge, allerdings nur wenn diese Kriegsgerät oder Soldaten befördern. Das Verbot gilt laut dem Ministerium für Infrastruktur ab dem 25. Oktober 2015. Der russische Transportminister Maksim Sokolow erklärt, dass Russland zu einer Gegenmaßnahme bereit sei, sollte das Verbot umgesetzt werden.
26.09.2015	Die EU, die Ukraine und Russland erzielen eine Einigung in den Verhandlungen zu Gaslieferungen in die Ukraine. Man habe ein Dokument parafiert, das die Versorgung der Ukraine bis März 2016 sicherstelle, so der Vizepräsident der EU-Kommission, Maroš Šefčovič. Im Laufe der kommenden Woche solle das Dokument unterzeichnet werden. Der russische Energieminister Aleksandr Nowak erklärt, die EU habe der Ukraine für den Gaseinkauf einen Kredit in Höhe von 500 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt.
26.09.2015	Die russische Fluggesellschaft Aeroflot nimmt vier ukrainische Ziele aus ihrem Angebot. Am Vortag hatte die ukrainische Regierung russischen Fluggesellschaften untersagt, ab dem 25. Oktober 2015 ukrainische Flughäfen zu bedienen.
27.09.2015	Ein Sprecher der Präsidialverwaltung erklärt, die Separatisten würden seit beinahe einem Monat keine schweren Waffen gegen die ukrainischen Streitkräfte einsetzen. Am 1. September war ein erneuter Waffenstillstand vereinbart worden, der bisher weitgehend eingehalten wird.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

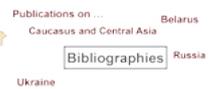
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php